Nr. 270 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Donnerstag, den 24. November 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Zusammenkunft Chamberlains mit Litwinow?

Englands Bereitschaft zur Verständigung mit Rußland

London. Das Verteidigungskomitee des Britischen Ministeriums trat heute im Kolonialministerium zu einer Sitzung zusammen. An den Besprechungen nahmen der erste Seelord Sire Charles Madden, der erste Lord der Admiralität Bridgemann und Churchill teil. Weiter wurde zu den Beratungen der Führer der britischen Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission in Genf, Lord Cushandun, zugezogen. Es wurden die Fragen erörtert, die voraussichtlich im Verlauf der Genfer Erörterungen auftauchen werden.

Neben diesen technischen Vorbereitungen beschäftigt man sich in unterrichteten Kreisen weiterhin lebhaft mit den zweckmäßigsten Maßnahmen für eine mögliche Aussprache mit den russischen Delegierten über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Abrüstungsverhandlungen sich so lange hinziehen werden, daß Außenminister Chamberlain den Führer der russischen Delegation beim Zusammentritt des Völkerbundsrates am 5. Dezember noch in Genf antreffen wird. In jedem Falle wird mit einer Aussprache zwischen Lord Chushandun und Litwinow gerechnet.

*

Ministerpräsident Baldwin erklärte sich heute nachmittag bereit, die Aussprache über den arbeiterparteilichen Mißtrauensantrag gegen ihn am Dienstag nächster Woche stattfinden zu lassen. Daß Chamberlain bereits am Dienstag zur Teilnahme an der Ratssitzung des Völkerbundes nach Genf abreist, legte die Regierung entscheidenden Wert darauf, am Donnerstag die große Aussprache „Abrüstung und Frieden" durchzuführen, die gewissermaßen den Boden für die Arbeit der englischen Delegation in Genf vorbereiten soll.

Der sterbende Bürgerblock

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Herren Hergt und Stresemann reisen im Inlande umher und halten Wahlreden. Erst jetzt, fünf Minuten vor der großen Abrechnung, erinnern sich die Führer des Bürgerblocks des Volkes, dessen Lammsgeduld sie doch ihr politisches Leben verdanken. Sie verlassen die Höhe des Regierungsthrones und steigen zum Volke herab. Der Bürgerblock will sterben, aber er stirbt nicht in Schönheit, „mit Weinlaub im Haar". Sein irdisches Wirken hinterläßt, wie jener Teufel in der Legende, eine stinkende Spur von Pech und Schwefel.

Kein Zweifel, die Hinterlassenschaft des Bürgerblocks sähe noch kläglicher aus, wenn nicht die Sozialdemokratie die Grundlage für ein geordnetes Staats- und Wirtschaftsleben im Reich überhaupt erst geschaffen hätte. Wenn die Rechtsparteien darauf verweisen, daß in der Zeit ihrer Regierung die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich zurückgegangen sei, so kann man mit der Feststellung erwidern, daß das nur der vorsorgenden Arbeit der Sozialdemokratie zu danken ist. Die die Befriedung Europas anbahnende Außenpolitik und die Stabilisierung waren das Werk der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratische Partei hat sich niemals, ob sie nun in der Regierung oder in der Opposition saß, von parteipolitischen Motiven bestimmen lassen, immer war das Wohl der arbeitenden Klassen, die die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes bilden, der leitende Gedanke in der Politik der Sozialdemokratie.

Nie hat sie die demagogische, volksbetrügerische Politik jener Parteien mitgemacht, die nur für den Augenblick berechnet ist und mit dem Augenblick auch wieder verschwindet. Die Sozialdemokratie arbeitet Tag um Tag an der Hebung der Lage der werktätigen Bevölkerung, zugleich aber treibt sie Politik auf lange Sicht: die Wahlen von Hamburg, von Mecklenburg, von Bremen, aber auch die von Danzig zeigen, daß die Wähler begriffen haben, wie richtig diese Politik ist.

Der Bürgerblock liegt im Sterben. Aber bevor er sich zu Neuwahlen für den Reichstag entschließt, will er schnell noch die letzte Ernte in die Scheuer bringen. Die Beamtenbesoldungsreform ist zwar zu einem harten Bissen geworden, und abgesehen von einer beträchtlichen Verbesserung der Gehälter der höheren Beamten, die für die Rechtsparteien als Wähler und als persönlich Interessierte in Frage kommen, würden sie am liebsten die ganze Vorlage unter den Tisch fallen lassen. Die Unternehmer, die das Rückgrat der Rechtsparteien bilden, machen auch gar kein Hehl daraus, wie gelegen ihnen die Denkschrift des Reparationsagenten mit seinem absprechenden Urteil über die Besoldungsreform kam. Und es ist bezeichnend für die „nationale" Gesinnung dieser Kreise, daß sie sich vom Vertreter der Reparationsgläubigen Deutschlands, also des Auslands, erst das Stichwort zuwerfen ließen, um die Aufbesserung der unteren Gruppen der Beamten möglichst zu hintertreiben. Zuletzt hat sich auch noch der Zentrumsabgeordnete Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, in die heimliche Front eingegliedert, die sich gegen die Besoldungsreform gebildet hat.

Auch die Schulvorlage will nur langsam in den Hafen des Bürgerblocks einlaufen. Zentrum und Deutschnationale sind sich zwar so einigermaßen einig geworden, aber die Volkspartei! Sie laviert hin, sie laviert her, soll sie oder soll sie nicht? Die liberale Vergangenheit der Partei macht ihren Führern zwar wenig Kopfschmerzen, umsomehr aber werden sie von dem Gedanken geplagt, daß bei ihren Wählern immerhin noch einige Reste liberaler Anschauungen vorhanden sind und daß sich diese bei den Reichstagswahlen ebenso zu ihrem Schaden bemerkbar machen könnten, wie bei den Einzelwahlen der letzten Zeit. Und dann die Länder, allen voran Bayern, die darüber jammern, daß sie wie bei der Beamtenbesoldungsreform, so auch beim Schulgesetz neue Lasten auf sich nehmen sollen. Herr Dr. Köhler hat sie damit zu beruhigen gesucht, daß über die Kostenfrage erst in einigen Jahren zu reden sein werde. Aber wie, wenn dann kein Bürgerblock mehr regiert? Wenn eine andere Mehrheit im Reichstag nicht mehr daran denkt, die Suppe auszulöffeln, die die Väter des Keudellschen Gesetzentwurfs angerührt haben? Also auch hier noch Ungewißheit auf der ganzen Linie.

Bei der Schulvorlage geht es, abgesehen von der Kostenfrage, um geistige Dinge, die die Rechtsparteien nur soweit interessieren, als sie ihre Stellung im Staat und in der Wirtschaft zu stützen geeignet sind. Energischer werden sie, vor allem die Deutschnationalen, wenn es sich um ihre höchsten Güter handelt, um materielle Dinge, also um Zölle und Steuern. Kann es ein eigensüchtigeres Verhalten geben, als der von dem deutschnationalen Ernährungsminister Schiele geplante Anschlag auf den aus Mais hergestellten Kinderbrei? Und zu wessen Gunsten? Einer Handvoll Großagrarier und Großindustrieller zu Nutzen, die eine unbequeme Konkurrenz für ihre Kartoffelstärkeproduktion ausschalten wollen. Zu der herausfordernden Aufforderung des Wirtschaftsparteilers Dunkel an die Konsumenten bei der Beratung der Mehlzollerhöhung in diesem Sommer, sie sollen das Maul nicht so weit aufsperren, gesellt sich jetzt dieses Attentat auf die Kinderernährung. Den Wählern soll offenbar mit aller Deutlichkeit gezeigt werden, von welcher Gesinnung die Parteien beherrscht sind, die jetzt noch, bis jetzt, im Reich das Heft in Händen haben. Versteht sich, daß der Bürgerblock nicht nichts auf die Frage der Sozialdemokratischen Interpellation zu antworten gewußt hat: wie lange es noch dauern soll, bis durch stärkere Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Staates und durch die Abwehr der sozialreaktionären Absichten des Unternehmertums einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vorgebeugt und für eine Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Schichten gesorgt wird. Versteht sich weiter, daß sich die Regierung noch nicht zu dem Verlangen der Sozialdemokratie geäußert hat, das lohnsteuerfreie Einkommen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen auf 140 Mark im Monat zu erhöhen.

Der Bürgerblock stirbt. Er stirbt in Schimpf und Schande. Der Zusammentritt des Reichstages sollte noch einmal um eine Woche hinausgeschoben werden, angeblich um den Ausschüssen Zeit zur Arbeit zu lassen. In Wirklichkeit, weil die Regierungsparteien keine Zeit für solche Fragen haben, die die breiten Massen der Bevölkerung bewegen. Von der Fortführung der Sozialreform, von der Verbesserung der Lage der Sozialrentner, von dem Ausbau der Angestelltenversicherung, wie das alles die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihren Anträgen gefordert hat, hört man nichts. Nur für die weitere Verschlechterung der Wohnungswirtschaft und des Mieterschutzgesetzes haben die Regierungsparteien immer noch Zeit genug. Glaubt der Bürgerblock seinem Schicksal dadurch entgehen zu können, daß er den Zusammentritt des Reichstags zu verhindern suchte? Doch — schon sind die Millionen auf dem Marsch! Der Tag des Gerichtes ist nicht mehr weit! Die Herren vom Bürgerblock mögen reden, das Volk wird handeln!

Die neue belgische Regierung

Die Sozialisten ausgeschieden

Brüssel. Der Verbandsausschuß der christlichen Arbeiterschaft, der Dienstag hier zu einer Sitzung zusammengetreten war, hat der Teilnahme an der Regierung Jaspar zugestimmt. Auch von liberaler Seite ist der Beteiligung am Kabinett Jaspar zugestimmt worden.

Die neue Regierung setzt sich wie folgt zusammen:

Jaspar, Ministerpräsident,
Janson, Justizminister (liberal) Delegierter beim Völkerbund.
Wauthers, Kultusminister (liberal),
Hymans, Außenminister (liberal),
Lippens, Eisenbahnminister (liberal) ehem. Gouverneur von Belgisch-Kongo,
De Broqueville, Kriegsminister,
Baels, Landwirtschaftsminister (Kath. Flame),
Van Overbergh, Innenminister (Christl. Dem.),
Heyman, Arbeitsminister (Christl. Dem.).

Die deutsch-polnischen Verhandlungen abgeschlossen

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, können die Berliner deutsch-polnischen Verhandlungen im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Die Unterzeichnung des Schlußprotokolls wird im Laufe des Mittwoch erfolgen. Ein amtliches Kommunique über das Ergebnis der Verhandlungen, wird im Laufe des Vormittags voraussichtlich ausgegeben werden.

*

Berlin. Nachdem Reichsaußenminister Dr. Stresemann wieder in Berlin eingetroffen ist, sind die deutsch-polnischen Verhandlungen wieder fortgesetzt worden. Sie bewegen sich auf der Grundlage des deutschen Memorandums, sowie der gestern eingelaufenen polnischen Antwort hierauf. Die polnische Antwort sieht gegenüber den deutschen Vorschlägen Abänderungen und Gegenvorschläge vor, im Ganzen genommen, jedoch hat man den Eindruck, daß die polnische Antwort die Fortführung der Verhandlungen bis zu einem erfolgreichen Ergebnis ermöglicht.

Soweit überhaupt über Einzelheiten der Verhandlungsmaterie selbst gesprochen worden ist, beziehen sich diese lediglich, wie bereits berichtet, auf die Frage der polnischen Holzausfuhr. Die polnische Regierung hatte im Zuge ihrer Kampfmaßnahmen, die Ausfuhr von Rundholz aus Polen mit einem sehr hohen Zoll belegt. Als Gegenmaßnahme hatte Deutschland die Ausfuhr von Schnittholz aus Polen stark gedrosselt und nur polnische Rundhölzer hereingenommen. Als Folge dieser Kampfmaßnahme ist aber das polnische Holz in Polen selbst außerordentlich im Preise gestiegen. Die polnische Regierung hat nun den Wunsch, vorzüglich polnisches Schnittholz in Deutschland abzusetzen. Hierzu würde man auf deutscher Seite bereit sein, unter der Voraussetzung, daß, wenn Deutschland diese Position seiner Kampfmaßnahmen abbaut, auch Polen seinerseits Kampfmaßnahmen, etwa gegen die Einfuhr deutscher industrieller Erzeugnisse, aufgibt.

Kurswechsel in Litauen

Woldemaras auf der Suche nach einer Koalition.

Kowno. Nachdem die Verhandlungen der Woldemarasregierung über eine Koalition mit den Christlich-Demokraten gescheitert sind, hat jetzt die Regierung mit den Volkssozialisten Fühlung genommen. Die Volkssozialisten haben für ein Zusammengehen mit Woldemaras unter anderem folgende Bedingungen gestellt: 1. Alle Verhafteten und ausgewiesenen Volkssozialisten sollen befreit werden. 2. Die Regierung hat auf alle diktatorischen Methoden, auf die Verwaltung zu verzichten. 3. Die Regierung darf keinen bedingungslosen Anschluß der Volkssozialisten an ihre Politik erwarten.

Wie hier bekannt wird, hat Woldemaras den Führern der Volkssozialisten die Zusage gemacht, die Frage der Verhaftungen und Ausweisungen zu regeln. Trotzdem erscheint es aber sehr fraglich, ob es zu einer Koalition zwischen der Regierungspartei und den Volkssozialisten kommen wird.

Der Kampf gegen den Faschismus

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Mitte November 1927.

Vor wenigen Wochen feierte man in Rom den fünfjährigen Todestag der italienischen Freiheit. Aber das Banner der Freiheit läßt sich nicht in Scherben schlagen, und so hat die Pariser „Concentrazione Antifascista“, die im März dieses Jahres geschaffen wurde, die besten Erfolge aufzuweisen. Wenn sie in einigen Monaten ihr erstjähriges Jubiläum feiert, wird Mussolini verärgert um sich schauen, aber er wird dann auch einsehen, ein wie starkes Loch in sein Unternehmen durch die antifaschistische Bewegung gerissen wurde.

Vor mir liegen zwei Nummern der in Paris erscheinenden Wochenschrift „Liberta“ (Freiheit), die den Untertitel trägt: „Zeitung der antifaschistischen Konzentration“. In beiden Nummern steht der gleiche Inhalt. Die eine in großem Zeitungsformat wird in die Länder gesandt, in denen die „Liberta“ zugelassen wird, die andere geht im Format eines kleinen Taschentuchs nach Spanien und Italien. Oben links steht auf ihr: „Numero speciale per l'Italia“. Das ist die Spezialausgabe für Italien, wo die „Liberta“ immer mehr angefordert wird, obwohl man in Italien jeden bestraft, der mit einer Nummer dieser Zeitung getroffen wird.

Die Concentrazione Antifascista umfaßt folgende Parteien: „„Il Partito Socialista Italiano“ (Generalsekretär: Ugo Coccia) 50, Rue Labat zu Paris, „Il Partito Socialista del Lavaratori Italiani“, 95, Rue de Charonne zu Paris (Generalsekretär: der Abgeordnete Modigliani; Presseorgan in Paris: „Avanti“) und „Il Partito Republicano Italiano“, 50, Rue Labat (unter Maori Bergamo). Dazu kommen die italienischen Gewerkschaften: „Confederazione Generale del Lavoro“, die ihren Sitz im Bureau des französischen Gewerkschaftsbundes haben: 211, Rue Lafayette. Die italienischen Gewerkschaften sind natürlich der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen. Ihr Vorsitzender ist Bruno Buozzi, ihr Presseorgan: „L'Operiario Italiano“. Neben diesen Organisatinen steht die „Lega Italiana Diritti dell' Uomo“ („Italienische Liga für Menschenrechte“ unter der Leitung von Luigi Campolonghi, der die italienische Seite der in Nizza erscheinenden französischen Linkszeitung „La France de Nice“ herausgibt.

Außer den genannten Zeitungen erscheinen in Paris noch die folgenden antifaschistischen Blätter: „Italia del Popolo“. „Bollettino de Partito Socialista dei Lavoratori Italiani“ und das ausgezeichnete Witzblatt „Il Becco Giallo“ („der Gelbschnabel“. — das ist der Schnabel Italiens, vor dessen Mund Mussolini ein Schloß gehängt hat), das herausgegeben wird von Alberto Cianca, dem früheren Direktor des römischen „Mondo“.

Seit die Concentrazione Antifascista gegründet wurde, konnte sie darauf rechnen, all die antifaschistischen Elemente an sich zu reißen, die in anderen Ländern bisher vereinzelt waren oder nur unbedeutenden Gruppen angehörten. So steht Mussolini heute vor der Tatsache einer ungeheuren antifaschistischen Menschen- und Pressemacht. „Il Nuovo Mondo“ in Neuyork, „La Parola del Popolo“ in Chicago, „L'Italia del Popolo“ in Buenos Ayres (Buenos Ayres hat ein Matteotti-Monument!). „La Difesa“ aus Sao Paolo, L'avenire del Lavoratore“ aus Zürich, „Liberta Stampa“ aus Lugano und die „Pagina Italiana“ aus Nizza, — das ist jetzt zu einer internationalen antifaschistischen Konzentration verbündet, zu welcher die im März dieses Jahres in Paris geschaffene Kampffront (die unter der Leitung des Abgeordneten Pietro Nenni steht) nur erst die Vorstufe war.

Das Organ der antifaschistischen Konzentration, die Pariser „Liberta“, veröffentlicht eben eine Bilanz der bisherigen Tätigkeit. Ihre eigene Auflage hat sich seit März verdoppelt (von 15 000 auf 30 000 Exemplare); geschaffen wurde die „Liberta“ dadurch, daß jede der angeschlossenen Organisationen 25 000 Franken einmalig besteuerte. Für die politischen Opfer des Faschismus konnten von ihr 45 000 Franken gesammelt und verteilt werden. Zahlreiche Nummern der Zeitschrift vermochten in der kleinen Ausgabe nach Italien zu kommen, unzählige politische Briefe und Zirkulare konnten ins Land Mussolinis geschickt werden. Eine Subskription für die „Liberta“ hat außerdem in fünf Monaten weitere 50 000 Franken erbracht, so daß auch die Zukunft der Bewegung gesichert ist. „Kampf gegen den Faschismus durch die Rückkehr zu einer Herrschaft der Freiheit“, lautet der erste Programmpunkt der antifaschistischen Konzentration. Uebersieht man ihr heutiges Kampfvermögen, so kann man, wie es der frühere italienische Ministerpräsident Nitti es tut, sehr dazu neigen, zu denken, daß der italienische Faschismus seinem Ende weit näher steht als seinem Anfang.

Kurt Leinz.

Französisch-italienische Verhandlungen?

Paris. Ein italienischer Diplomat, dessen Name nicht genannt wird, und der sich nur einige Stunden in Paris aufgehalten hat, äußerte sich dem Vertreter des „Intransigeant“ gegenüber, daß die gegenwärtig zwischen Italien und Frankreich gepflogenen Verhandlungen sehr bald zum Abschluß eines Vertrages führen würden, der im Zusammenhang mit dem erst kürzlich unterzeichneten südslawisch-französischen Vertrage zur weiteren Festigung des Friedens, der für Paris aus London und für Rom aus Paris komme, beitragen durfte. Auf die erstaunte Frage, wie dieses Abkommen zu verstehen sei, erwiderte der Diplomat, daß Rom mit Belgrad nicht unmittelbar verhandeln könne und daß es sich über die Verträge mit Paris aussprechen würde. Paris könnte sodann die italienischen Wünsche in Belgrad vertreten. Auf die Frage, ob man aus dieser Bemerkung auch eine bevorstehende Begegnung Briand-Mussolini schließen solle, meinte der Diplomat, daß dies nicht der Fall wäre, daß aber eine italienisch-französische Aussprache noch in diesem Jahre in Paris stattfinden könnte, wobei es nicht unbedingt nötig wäre, daß Mussolini persönlich anwesend sei.

Diese etwas mysteriösen Bemerkungen des italienischen Diplomaten werden jedenfalls noch näherer Aufklärung bedürfen.

Coolidge doch Präsidentschaftskandidat

Neuyork. Senator Chauncey Depew erklärte, daß, obwohl eine große Anzahl von Kandidaten für die Präsidentschaftswahl von 1928 zur Verfügung stehe, die Republikanische Partei Coolidge wieder aufstellen werde

Nach den Ermittelungen, die das „National Republiuc Magazine“ unter den Verlegern und Politikern des ganzen Landes anstelle, werden Herbert Hoover und A. L. Smith an der Spitze der Republikanischen bezw. Demokratischen Partei 1928 die Präsidentschaftskompagne führen. Von den bei der Umfrage abgegebenen Stimmen erhielt Hoover von den Republikanern 844 Stimmen, Frank Lowden 766, Charles Hughes 333, Dawes 148, während auf demokratischer Seite Smith mit 1071 Stimmen seinem Gegenkandidaten, dem Senator Reed von Missouri, der nur 274 Stimmen bekam, weit überlegen ist. Die Probeabstimmung wurde in der Annahme vorgenommen, daß Coolidge nicht kandidieren werde.

Die Spaltung der Kuomintag bleibt

London. Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist es dem Beherrscher Kantons, Wang, nicht gelungen, eine aus Anhängern beider Kuomintangflügel zusammengesetzte Regierung zu bilden. Die Nankinganhänger in Kanton weigerten sich, in die Regierung Wangs einzutreten. In Schanghai rechnet man damit, daß sich Tschiangkaischek wieder der Nankingregierung anschließen werde.

Kommunistischer Umsturz in Kanton

Peking. Die Abwesenheit der Kantonpolitiker, die bekanntlich in Schanghai an der Konferenz mit Tschiangkaischek teilnehmen, benutzten die Kommunisten dazu, um einen Sturz herbeizuführen. Es hat sich ein kommunistisches Komitee gebildet, dem Kumingjues vorsteht. Kumingjues, ein Freund Borodins, war früher politischer Berater der Regierung in Hankau. In den chinesischen Städten war heute das Gerücht von der Rückkehr Borodins verbreitet. Die Hankauer Konzessionsbehörde hat daraufhin einen Haftbefehl gegen Borodin erlassen.

Ein Interview mit Manoilescu

Rom. Manoilescu gewährte auf der Durchreise über Mailand nach Frankreich einem Vertreter des „Ambrosiano“ eine Unterredung. Er erklärte u. a., es sei ihm unverständlich, weshalb man ihn wegen Verschwörung angeklagt habe. Sehr viele andere Politiker, u. a. auch der jetzige Außenminister und der Verkehrsminister hätten Carol Briefe und Geschenke zugehen lassen. Er sei überzeugt, daß die Opposition jetzt geschlossen gegen Bratianu vorgehen werde.

Die estländische Regierung gestürzt

Reval. Die estländische Regierung ist gestern von der Ansiedlerpartei gestürzt worden. Eine Einigung über die Verteilung der durch den Völkerbund gewährten Kreditsummen war nicht möglich. Die Ansiedler verlangten von der neu zu gründenden Bank für langfristige Kredite, die diese Gelder verwalten soll, landwirtschaftliche Kredite zu niedrigerem Zinssatz wie die Bank selbst ihren ausländischen Gläubigern zahlt.

Vor einer Regierungskrise in Rumänien?

Bukarest. In hiesigen politischen Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht von einer bevorstehenden Regierungskrise. Bratianu soll entschlossen sein, innerhalb seines Kabinetts Veränderungen vorzunehmen. So wird ihm die Absicht zugeschrieben, den früheren Verkehrsminister in der liberalen Regierung aus dem Jahre 1922. General Moson, den Führer der Liberalen in Siebenbürgen in das Kabinett aufzunehmen. Moson soll gleichzeitig über starken Anhang in der Armee verfügen.

Ausschreitungen bei einer Versammlung der Liga der Menschenrechte in Paris

Paris. Bei einer in Paris von der „Liga für Menschenrechte“ veranstalteten Versammlung kam es zu großen Ausschreitungen der patriotischen Jugend. Als Viktor Basch seine Rede begonnen hatte, wurde er von Zwischenrufen unterbrochen und am Weiterreden verhindert. Die Mitglieder der patriotischen Jugend stimmten die Marseillaise an, während ein anderer Teil der Zuhörer mit der Internationale antwortete. Zwischen den gegnerischen Parteien kam es zu einem Handgemenge. Die Scheiben des Versammlungssaales wurden eingeschlagen und Frauen von der Rechtsorganisation verprügelt.

Die Bergarbeiterunruhen in Denver

Neuyork. Nach der Verhängung des Belagerungszustandes in Denver wurden sofort alle Bergwerke des Streikgebietes von Militär besetzt. Eine Delegation der Arbeiterführer ist Dienstag bei Coolidge vorstellig geworden, der für eine Vermittlungsaktion gewonnen werden sollte. Coolidge hat jedoch eine Einmischung in den Konflikt abgelehnt.

Zu der gestrigen Schießerei wird seitens der Arbeiter erklärt, daß sie sich völlig friedlich verhielten, als plötzlich auf sie geschossen wurde. Demgegenüber betont die Polizei, daß die Streikenden die Schießerei eröffnet hätten.

Die deutsche Delegation zur Abrüstungskonferenz

Berlin. Der Beginn der Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf ist für Mitte nächster Woche angesetzt worden. Deutschland wird auf dieser Konferenz wiederum durch den Botschafter Grafen Bernstorff vertreten sein. Die deutsche Abordnung, die Graf Bernstorff führt, besteht aus Geheimrat Weizsäcker vom Auswärtigen Amt, Oberst von Bötticher vom Reichswehrministerium und Admiral Freiher von Freiberg von der Reichsmarineleitung.

Der Attentäter auf Obregon verhaftet

London. Wie Reuter aus Mexiko meldet, erklärte der Polizeipräsident der Stadt, daß drei führende Mitglieder der „Liga zur Verteidigung der religiösen Freiheit“, der Organisation der Gegner der neuen Religionsgesetze, die Urheber des letzten Mordanschlags auf Obregon seien. Sie seien bereits verhaftet und hätten ihre Schuld eingestanden. Die Verschwörer, von denen einer Priester sei, bezeichneten sich als Aktionsgruppe der Liga.

Russische Emigranten unter sich

Paris. Einen lebhaften Verlauf nahm eine Versammlung, die der frühere russische Ministerpräsident Kerenski in Lyon abhielt. Die Versammlung war von russischen Emigranten zahlreich besucht. Ein monarchistischer Redner, ein früherer Oberst der Zarenarmee und augenblicklicher Fabrikarbeiter in Lyon, machte Kerenski für das Unglück verantwortlich. Zwischen den gegnerischen Parteien entstand ein Streit, der zu einem großen Tumult führte, so daß die Polizei die Ruhe wieder herstellen mußte.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

31)

„Heda!“ rief ein Mann in einer weißen Jacke. „Wohin wollen Sie?“

Smith ergriff ihn am Arm. „Ich muß nach dem dem Publikum zugänglichen Teil des Hotels, ohne daß man uns vom Haupteingang aus bemerkt. Wollen Sie uns bitte den Weg zeigen? Es handelt sich um eine Angelegenheit von Leben und Tod.“

„Polizei?“ erkundigte sich der andere höflich.

„Ja. Beeilen Sie sich!“

Ohne weitere Einwände ging der Koch vor uns her. Wir durchquerten verschiedene Räume und Korridore, bis wir im zweiten Stock einem Mann in einem Tweedanzug begegneten, den unser Cicerone ansprach.

„Ein Glück, daß ich Sie treffe! Hier sind zwei Herren von der Polizei.“

Der Beamte blickte uns mißtrauisch an. „Wer sind Sie? Jedenfalls nicht von Scotland Yard?“

„Wenn Sie der Hoteldetektiv sind,“ erwiderte Smith, während er dem anderen eine Karte überreichte, „müssen Sie uns sofort zu Herrn Guthrie führen.“

Eine sichtliche Veränderung ging mit unserem Gegenüber vor, als er die Karte näher betrachtete. „Verzeihung!“ flötete er respektvoll. „Aber ich wußte natürlich nicht, mit wem ich die Ehre habe. Wir haben Instruktionen, Herr Smith, Ihnen jede gewünschte Hilfe zuteil werden zu lassen.“

„Befindet sich Herr Guthrie auf seinem Zimmer?“

„Jawohl. Diesen Weg, bitte! Wir können bis zur dritten Etage den Fahrstuhl benutzen.“

„Haben Sie heute abend irgend etwas Verdächtiges bemerkt?“ erkundigte sich Smith, als der Lift mit uns aufwärts fuhr.

„Ja!“ lautete die überraschende Antwort. „Und das ist die Erklärung dafür, daß Sie mich im zweiten Stock antrafen. Mein Platz befindet sich sonst in der Halle. Aber gegen elf Uhr, als die Theaterbesucher hereinströmten, erhielt ich den schwachen Eindruck, daß sich etwas in der Menge an mir vorüberschlich — etwas, das nichts im Hotel zu suchen hatte.“

Wir verließen den Fahrstuhl.

„Ich habe Sie nicht völlig verstanden!“ erklärte Smith. „Wenn Sie glauben, daß sich jemand hier eingeschmuggelt hat, so müssen Sie doch einen mehr oder weniger bestimmten Eindruck von ihm erhalten haben.“

„Das ist ja gerade das Sonderbare! Das habe ich eben nicht! Aber als ich oben an der Treppe stand, würde ich geschworen haben, daß etwas hinter zwei Herren und zwei Damen nach oben glitt.“

„Ein Hund vielleicht?“

„Wohl kaum. Was es aber auch gewesen sein mag: Durch den Haupteingang ist es nicht gekommen. Ich habe überall nachgesucht, jedoch ohne Erfolg.“ Der Detektiv blieb plötzlich stehen. „Nr. 189 — die Zimmertür Herrn Guthries.“

Smith klopfte.

„Ja!“ erklang eine gedämpfte Stimme. „Was wünschen Sie?“

„Oeffnen Sie? Schnell! Es ist von größter Wichtigkeit!“

Smith wandte sich unserem Führer zu. „Stellen Sie sich so auf, daß Sie Fahrstuhl und Treppe im Auge behalten können!“ ordnete er an. „Und achten Sie auf alles, was an dieser Tür vorübergeht! Was Sie aber auch hören und sehen mögen — unternehmen Sie nichts ohne meinen ausdrücklichen Befehl!“

Der Mann entfernte sich. Ein Riegel wurde innen zurückgeschoben. Smith flüsterte mir zu: „Es befindet sich eine Kreatur Dr. Fus im Hotel!“

Graham Guthrie, britischer Resident von Nord-Bhutan, war ein kleiner, dicker Herr mit frischer Gesichtsfarbe, grauen Haaren, großen, nuerschrockenen Blauaugen, einem stachligen Schnurrbart und dicken, borstigen Brauen. Nayland Smith stellte sich vor und überreichte eine Karte und einen offenen Brief.

„Dies sind meine Beglaubigungsschreiben, Herr Guthrie! Sie sehen also, daß die Angelegenheit, die mich und meinen Freund, Herrn Doktor Petrie, in dieser nächtlichen Stunde zu Ihnen führt, von besonderer Bedeutung ist.“

Er schaltete das Licht aus. „Wir haben keine Zeit zu Formalitäten. Es sind jetzt fünfundzwanzig Minuten nach Mitternacht. Punkt halb eins wird ein Attentat auf Sie versucht werden!“

„Herr Smith,“ sagte der andere, der, mit einem Pyjama bekleidet, auf dem Bettrand saß. „Sie jagen mir einen gehörigen Schrecken ein! Ich darf wohl vorausschicken, daß mir erst heute vormittag Ihre Anwesenheit in England mitgeteilt wurde.“

„Wissen Sie etwas über die Persönlichkeit eines gewissen Dr. Fu-Mandschu?“

„Nur, was mir erzählt wurde. Er gilt als rühriges Mitglied einer ehrgeizigen politischen Partei.“

„Seinen Interessen steht Ihre Rückkehr nach Bhutan im Wege. Ein leichtgläubiger Beamter wäre wünschenswerter. Daher werden Sie, wenn Sie meinen Anordnungen nicht folgen, England nie mehr verlassen.“

Graham Guthrie atmete nervös. Ich hatte mich inzwischen besser an die Dunkelheit gewöhnt und konnte schwach sein Gesicht erkennen, das Nayland Smith zugekehrt war, während seine Rechte den Bettrand umklammerte.

„Aber, Herr Smith,“ sagte er, „ich bin hier doch sicher! Das Hotel ist voll amerikanischer Touristen. Daher hab' ich mich mit einem Zimmer im obersten Stockwerk begnügen müssen. Die einzige Gefahr, die ich fürchte, ist Feuer.“

„Es gibt noch eine Gefahr,“ schnitt Smith seine Einwände ab. „Und die Tatsache, daß Ihr Zimmer sich in der obersten Etage befindet, vergrößert sie nur. Erinnern Sie sich der rätselhaften Epidemie, die 1919 Rangun beunruhigte, und der Todesfälle, die dem Ruf Siwas zugeschrieben wurden?“

„Ich las hierüber in den indischen Zeitungen. Selbstmorde, nicht wahr?“

„Nein. Morde!“

Eine Pause.

„Nach allem, dessen ich mich noch aus jener Zeit entsinne,“ meinte schließlich Guthrie, „scheint das unmöglich! In verschiedenen Fällen haben sich die Opfer aus dem Fenster eines verriegelten Zimmers gestürzt, und von außen konnte man sich nicht den Fenstern nähern.“

„Stimmt!“ In dem schwachen Licht glänzte matt Smiths Revolver, als er ihn auf den Tisch neben das Bett legte. „Abgesehen davon, daß die Tür jetzt nicht verschlossen ist, sind die gegenwärtigen Umstände genau dieselben. Ruhig, bitte! Ich höre die halbe Stunde verkünden.“

Ein Geheul, leise, doch durchdringend, klang in dichter Nähe auf und erstarb in einer Mollkadenz.

„Mein Gott!“ flüsterte Guthrie. „Was war das!“

„Der Ruf Siwas,“ zischte Smith. „Bewegen Sie sich nicht, wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist!“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Presseprozesse

Eine Reihe von Presseprozessen standen gestern wiederum auf der Tagesordnung des Kattowitzer Schöffengerichts, die jedoch zumeist vertagt wurden. Als erster der angeklagten Redakteure betrat Genosse Helmrich die Anklagebank, um sich in drei Fällen wegen Vergehens gegen den Paragraphen 131, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, zu verantworten. Im Februar dieses Jahres erschien im „Volkswille“ eine kurze Notiz „Ein Zwischenfall an der Grenze“, nach der bei Hohenlinde ein 14jähriger Bursche, der beim Schmuggeln von zwei Feigenkränzen erwischt und dabei von dem Zollbeamten verprügelt worden sein sollte. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren ein, da angeblich an der Grenze von diesem Zwischenfall nichts bekannt war. Redakteur Helmrich führte als Zeugen den früheren Minderheitsschullehrer Swoboda aus Hohenlinde an, welcher der eigentliche Urheber der Veröffentlichung dieser Notiz war. Da er in der Zwischenzeit nach München-Gladbach verzogen ist, wurde er konsularisch vernommen, konnte sich aber — was sehr merkwürdig ist — an den fraglichen Vorfall nicht mehr entsinnen, gab jedoch an, mehrmals Zeuge ähnlicher Vorfälle gewesen zu sein. Der von der Grenze bezw. Zollbehörde anwesende Zeuge konnte auch nichts genaues berichten, hatte aber vom Hörensagen gehört, daß sich ein derartiger Vorfall abgespielt haben soll, doch sei der seinerzeit von ihm festgenommene Bursche nicht geschlagen worden. Damit war die Beweisaufnahme, die ziemlich dürftig war, geschlossen. Während der Staatsanwalt eine Bestrafung von 50 Zl. forderte, ersuchte der Angeklagte um Freisprechung. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 30 Zloty oder 5 Tagen Gefängnis. In den beiden anderen Fällen handelte es sich um die Artikel „Im Kampf ums Recht“ und „Der Leidensweg des Deutschtums“, die in der „Volkswille“-Ausgabe vom 15. Mai erschienen. Während im ersteren zu der Minderheitsschulfrage Stellung genommen wird, behandelt der zweite die Vorgänge anläßlich der Rybniker Kommunalwahlen. Der Angeklagte beantragte hier Vertagung, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können und ließ als Zeugen die Sejmabgeordneten Kowoll, Dr. Pant, den Zeitungsverleger Trunkhardt und Redakteur August Herger vorladen.

Anschließend daran nahmen auf der Anklagebank gleich drei Redakteure Platz und zwar Dr. Meister, Przewolka und Dyllus. Alle drei, als Mitglieder des Verbandes deutscher Redakteure in Polen, hatten gleichfalls anläßlich der Rybniker Kommunalwahlen wegen der Mißhandlung des Redakteurs August Herger an den Marschall Pilsudski eine Beschwerdeschrift eingereicht, die in zwei deutschen Blättern veröffentlicht wurde und in der die Staatsanwaltschaft eine Verächtlichmachung erblickte. Nach kurzer Verhandlung, der vierten bereits, wurden alle Angeklagten freigesprochen, nachdem der Staatsanwalt je 100 Zl. Geldstrafe beantragt hatte.

Dann folgte Jan Kustos, der Herausgeber des „Glos Gornego Slonska“, der in einem Falle freigesprochen wurde und drei weitere Fälle vertagen ließ.

Wieviel Deutsche leben in Polen?

Eine genaue Statistik über die Zahl der Deutschen in Polen ist nicht vorhanden, weil die letzte Volkszählung vom 30. Juni 1921 das polnisch-oberschlesische Gebiet nicht umfaßte, und gerade hier leben viele Deutsche. Auch die letzte Statistik von 1921 in den westlichen Gebieten, wie Posen und Pommerellen, hat seit der genannten Zeit eine Veränderung erfahren, weil ein Teil der dortigen Deutschen ausgewandert ist. Dort werden die sogenannten Liquidationen durchgeführt, die viele Deutsche verdrängten. Nach einer deutschen Quelle leben in Pommerellen 110 000 und in Posen 220 000 Deutsche, insgesamt also in den beiden Provinzen 330 000 Deutsche. Diese Zahl dürfte so ziemlich zutreffend sein, weil auch das deutsche Auslandinstitut in Stuttgart, die Deutschen in den beiden Provinzen mit 300 000 schätzt. In Teschen-Schlesien liegen genaue statistische Zahlen vor. Hier wurden im Jahre 1921 29 000 Deutsche gezählt, die bis heute eher eine Vermehrung, als eine Verminderung erfahren haben dürften. Die Zahl der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien festzustellen, ist keine einfache Sache nicht. Es liegen Zahlen von der letzten Volkszählung im Jahre 1910 vor die aber für unser Gebiet nicht mehr verläßlich sind. Damals zählte das heutige Polnisch-Schlesische Gebiet 892 000 Einwohner in welchem 265 000 Deutsche lebten. Nun ist seit dieser Zeit eine gewaltige Veränderungen vor sich gegangen. Die Einwohnerzahl in Polnisch-Oberschlesien ist um annähernd 100 000 Seelen gestiegen und die Zahl der Deutschen wahrscheinlich auch. Auch sind vor und nach der Uebernahme Ost-Oberschlesien durch Polen große Veränderungen vor sich gegangen. Die deutschen Staatsbeamten, die Intellektuellen, viele Handwerker und Kaufleute haben Ost-Oberschlesien verlassen und sind nach Deutschland ausgewandert. Dafür kamen viele Polen, meistens aus Galizien nach Oberschlesien herein. Wir sind also auf Vermutungen angewiesen. Von deutscher Seite schätzt man die Zahl der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien auf 300 000, während von polnischer Seite nur 229 000 Deutsche geschätzt werden. Von polnischer Seite wird besonders darauf hingewiesen, daß nach der Uebernahme tausende von Oberschlesier sich polonisiert haben weshalb die Zahl der Deutschen geringer geworden ist. Ferner weist man auf die Schulstatistik hin, die zuungunsten der Deutschen spricht. Das Einfachste wäre hier die Volkszählung durchzuführen, die uns ein klares Bild über die nationale Zugehörigkeit geben würde, doch wagt man von polnischer Seite diesen Versuch nicht. Es wird also auf Grund der Schulstatistik behauptet, daß in der ganzen Wojewodschaft Schlesien einschließlich Bielitz und Teschen 257 000 Deutsche leben, die 20 Prozent der Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft ausmachen. In Bielitz werden 65 Prozent Deutsche angegeben, in Kattowitz nur 45 Prozent. Tatsächlich sind die Deutschen in Kattowitz mehr als 60 Prozent stark. Nach der polnischen Aufstellung beträgt die deutsche Bevölkerung in der schlesischen Wojewodschaft 20 Prozent, in Posen 9,6 Prozent, in Pommerellen 9,37 Prozent, in der Lodzer Wojewodschaft 5,6 Prozent, in Warschau 3 Prozent, in Wolhynien 2 Prozent, in Stanislau 1 Prozent und in den übrigen Wojewodschaften weniger als 1 Prozent. Wenn wir die Gesamtzahl der Deutschen in Polen mit 1 Million angeben, so dürfte das nicht zu hoch gegriffen sein.

Ein Todesurteil wegen Mord

Das eigene Kind getötet — Versuchter Mordanschlag gegen die Geliebte — Ob Vorbedacht oder Affekt — Überwiesener Vorbedacht — Zum Tode verurteilt

Gestern wurde in Kattowitz ein Todesurteil gefällt. Ein Gerichtshof der Strafkammer, unter Vorsitz des Gerichtsdirektors Zdankiewicz, hatte über eine Mordangelegenheit zu verhandeln. Als Angeklagter stand vor Gericht der 24jährige Bergarbeiter Emil Wenger aus Bielszowice. Dieser junge Mann unterhielt ein Verhältnis mit einer um 6 Jahre älteren Witwe Thekla Gulys, aus Dolne Piekary, welchem ein Kind entsproß. Das uneheliche Verhältnis sollte nach der Geburt des Kindes, laut Versprechen des Angeklagten, in eine rechtliche Ehe übergehen. Der Mann zögerte aber und als die Frau auf die Abschließung der Ehe drängte, sann er, sich dieser ihm lästig erscheinenden Angelegenheit zu entledigen. Unter dem Vorwand, eine Kirmeß in Nowa Wies zu besuchen, bewog er am 14. August v. J. seine Geliebte, mit ihm dorthin eine Fußreise zu unternehmen, und empfahl ihr, auch das Kind mitzunehmen. Auf dem Wege dorthin aber gab er seiner Geliebten vor, einen Abstecher nach Borowa Wies zu machen, um seine dort angeblich wohnende Schwester zu besuchen. Der Weg nach Borowa Wies führte durch Wald und Feld. Unweit Halemba ließen sich beide am Ufer des Baches Klodnicz nieder, um zu rasten. Von den Anstrengungen des Weges ermüdet und da sie unterwegs keine Nahrung zu sich genommen haben, verfiel die Frau in einen Schlaf, während dessen der Angeklagte ihr von dem Finger den Trauring aus der ersten Ehe zu ziehen versuchte. Als sie darob erwachte, entspann sich zwischen beiden ein Wortwechsel, während dessen der Angeklagte seiner Geliebten mit einem unterwegs geschnitzten dicken Holzknüppel einen schweren Schlag auf den Hinterkopf versetzte. Als die Frau nach diesem Schlag in Ohnmacht verfiel, riß er ihr das Kind von der Brust und warf es das steile Ufer hinab in den Bach. Das Kind fand den Ertrinkungstod. Darauf versetzte er seiner Geliebten noch einen zweiten Schlag mit dem Stock und warf auch sie in den Bach hinunter. Vom kalten Wasser gewann aber die Frau das Bewußtsein wieder, rackerte sich zum gegenüberliegenden Ufer hinüber und ergriff die Flucht. Von diesseits des Baches warf ihr der Mann noch schwere Steine nach, die sie verletzten. Es gelang ihr doch, das Weite zu finden und entkam mit dem Leben.

In der gestrigen Verhandlung versuchte der Angeklagte jede Tötungsabsicht zu leugnen. Er behauptete, daß zwischen ihm und seiner Geliebten auf dem Wege nach Borowa Wies ein Streit entstanden ist über eine angebliche Beziehung seiner Geliebten zu einem zweiten Manne, der ihn derart erbitterte, daß er in höchster Aufregung, ohne zu wissen, was er tue, den Anschlag auf das Kind und seine Geliebte verübte. — Ganz entgegengesetzt stellte den Vorfall seine Geliebte dar, die in herzzerbrechender Weise, so daß sich der gesamten Zuhörerschaft und auch des Gerichtshofes eine tiefe Rührung bemächtigte, den Tod ihres Kindes schilderte. Es habe überhaupt keinen Streit zwischen ihnen gegeben. Allerdings war das Zusammenleben zwischen ihnen ein sehr trauriges, da sich der Mann ihres Kindes jeder Verpflichtung ihr und dem Kinde gegenüber entschlug und wochen- und monatelang nichts von sich hören ließ. Der Anschlag sei in vollkommen überdachter Weise und mit kaltem Blute verübt worden. — Andere Zeugen, darunter Angehörige der Polizei, die mit der Untersuchung nach dem Mordanschlag beschäftigt waren, sagten ebenfalls belastend für den Angeklagten aus. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Zeugen, die über das Vorleben des Angeklagten, der nicht einmal vorbestraft ist, befragt waren, ihm das beste Zeugnis ausstellten, ihn als einen stets geruhsamen Mann von unzerstörbarem Gleichgewicht des Gemütes schilderten, was eben für die Beurteilung seines Gemütszustandes während der Mordtat von nicht unwesentlicher Bedeutung war, weil das auf sein kaltes Blut schließen ließ.

Nach den durchgeführten Beweisverfahren plädierte der Staatsanwalt für Anrechnung des Verbrechens als versuchten Mord in idealem Zusammenhange mit verübtem Mord und beantragte die einzig für ein solches Verbrechen festgesetzte Todesstrafe. Der Gerichtshof erkannte auch auf diese Strafe, die der Angeklagte mit vollkommener Gelassenheit und Gleichgültigkeit entgegennahm.

Fälscher polnischer Versicherungsmarken vor Gericht

Das große Schöffengericht in Beuthen verhandelte heute gegen die Vertreiber der polnischen Versicherungs-Falschmarken. Angeklagt waren der Kaufmann Kania und der Tennislehrer Brigulla beide aus Beuthen, sowie der Kellner Barczyk aus Kattowitz, der polnischer Staatsangehöriger ist. Den Angeklagten wurde Betrug zur Last gelegt und Bestrafung nach § 75 des Strafgesetzbuches beantragt.

Die Angeklagten waren im großen ganzen geständig. Brigulla gab zu, die Marken, die in Verkehr gebracht worden sind, in Frankfurt a. M. bestellt zu haben und zwar 500 000 Versicherungsmarken zu 1,5 Zloty und 100 000 Marken zu 25 Zloty. Allerdings bemerkte er, daß er nicht gewußt habe, daß es sich um polnische Versicherungsmarken handelte, vielmehr der Meinung war, daß diese Marken, die von einem anderen Unbekannten in Auftrag gegeben worden sind, als Vereinsbeitragsmarken Geltung haben. Kania erklärte, daß er die Marken über die Grenze schaffen ließ und zwar durch seine Mittelsperson. Auch er habe einzelne Marken über die Grenze gebracht und zwar nach Kattowitz, sich aber schleunigst wieder auf deutschen Boden begeben, da ihm die Annäherung der polnischen Kriminalpolizei bekannt geworden war. Der Aufkäufer der Marken handelte nämlich im Auftrage der polnischen Kriminalpolizei. Der dritte Angeklagte, Barczyk, stellte in Abrede gewußt zu haben, daß in dem Paket, daß er über die Grenze geschmuggelt hatte, sich Versicherungsmarken befanden; er behauptete, daß ihm Kania über dieses Paket erklärt habe, es seien darin Servietten verpackt.

Die Zeugenvernehmung beschränkte sich auf den Kriminalassistent Muschiollek aus Beuthen, da die weiteren Zeugen, die in Polnisch-Oberschlesien wohnen zum Termin nicht erschienen waren. Der Zeuge schilderte den Verlauf der Verhaftung der einzelnen Angeklagten und sagte über Barczyk weiter aus, daß nach ihm gewordene Mitteilung durch die polnische Kriminalpolizei auch dieser, einzelne falsche Versicherungsmarken verkaufen wollte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Brigulla und Kania eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten und gegen Barczyk wegen Beihilfe vier Monate Gefängnis.

Nach kurzer Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Die Angeklagten Brigulla und Kania werden wegen Betruges zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Barczyk wegen Beihilfe zu zwei Monaten Gefängnis. In der Begründung führte Landesgerichtsdirektor Himmel u. a. aus, daß in diesem Prozeß zunächst jede politische Seite abzustreichen war und nur über die Straftat verhandelt werden mußte. Auf Grund der Beweisaufnahme waren die beiden ersten Angeklagten der Täterschaft schuldig, Barczyk jedoch nur der Beihilfe, so daß nach diesen Feststellungen das Urteil gesprochen werden müßte. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt, weil diese noch nicht einschlägig bestraft worden sind.

Die Presse in der schlesischen Wojewodschaft

In der schlesischen Wojewodschaft erscheinen 105 Zeitschriften, einschließlich der Amtsblätter und Sportzeitschriften. Von diesen 105 Zeitschriften sind 35 deutsche, 5 deutsch-polnische (der Tex in beiden Landessprachen) und 65 polnische. Für die schlesische Wojewodschaft ist das eine ganz ansehnliche Zahl von Zeitschriften, wenn man bedenkt, daß aus dem übrigen Polen, insbesondere aus Krakau, ferner aus Deutsch-Oberschlesien massenhaft Zeitungen bezogen werden. Neben diesen 105 legalen Zeitschriften werden noch verschiedene kommunistische Zeitschriften verbreitet, die illegal erscheinen. Von den angeführten Zeitschriften sind 12 Tageblätter, 24 Wochenblätter und 33 Monatsblätter. Drei weitere Blätter erscheinen 14tägig und 7 Blätter zweimal im Monat. Die Hälfte aller Zeitschriften erscheinen in der Wojewodschaftshauptstadt Kattowitz, 16 weitere Zeitschriften erscheinen in Teschen, 14 Zeischriften erscheinen in dem schlesischen Berlin, Bielitz und die übrigen 22 Zeitschriften verteilen sich auf verschiedene Ortschaften Polnisch-Oberschlsiens und Teschen-Schlesien. In Königshütte und Rybnik erscheinen je drei Zeitschriften. in Nikolai, Tarnowitz, Siemianowtz Pleß und Myslowitz erscheinen je zwei Zeitschriften und in den Ortschaften Skotschau, Czechowitz, Sohrau, Lublinitz, Schwientochlowitz und Neudorf je ein Blatt. In Polnisch-Oberschlesien erscheinen also 73 und in Teschen-Schlesien 32 Zeitschriften. Nachdem die schlesische Wojewodschaft etwas über 1 Million Einwohner zählt, entfällt annähernd auf 10 000 Einwohner eine Zeitschrift. Das ist allerdings nicht viel, wenn man bedenkt, daß im westlichen Deutschland bereits auf 4000 Einwohner eine Zeitschrift entfällt. Schließlich sind auch noch die Auflagen der einzelnen Zeitschriften bei uns gewöhnlich sehr bescheiden.

Grubenunglück auf „Redensblick“

Wie man erst jetzt erfährt, ereignete sich vor kurzem auf der Redensblickgrube bei Hohenlinde ein schweres Unglück, welches drei Bergknappen das Leben kostete. Am fraglichen Tage stürzte auf einer Sohle in 280 Meter Tiefe eine Kohlenwand ein, welche die Häuer Karl Franik aus Groß-Piekar sowie Konstantin Gawlik und Josef Kuczak aus Hohenlinde unter sich begrub. Zwar setzte die Rettungsaktion sofort ein, aber sie wurde außerordentlich erschwert, da sich fortwährend Einstürze zeigten und außerdem eine Vergasung zu überwinden war. Nach mehrstündiger Arbeit wurden alle drei verschütteten Knappen als Leichen geborgen und in das Knappschaftslazarett nach Königshütte überführt.

Marschallbesuch in Kattowitz

Am Donnerstag trifft in Kattowitz der französische Marschall Franchet d’Esperey ein, als Gast des Wojewoden Grazynski. Der Marschall wird u. a. eine Reihe der wichtigsten ostoberschlesischen industriellen Anlagen während seines mehrtägigen Aufenthaltes besichtigen.

Kattowitz und Umgebung

Ostwind weht.

Der Winter ist ein ruppiger Geselle. Kaum eingekehrt, beginnt er sein strenges Regiment, „zieht andre Register auf“ und läßt zum Leide der verwöhnten Menschen ein bißchen Ostwind pfeifen.

Vom weiten Feld her jagt er durch die niedrigen Straßen, pfeift um die Ecken oder rast durch die zahlreichen Baulücken. Das ist das Unangenehmste, daß nicht die geschlossene Straße Schutz bietet: der Ostwind hat überall ein ungehemmtes „Durchkommen“.

Auf den Straßen sieht es anders aus, als sonst im Winter! Wer möchte überhaupt hinaus! Den Hut scharf ins Gesicht gezogen, um den Hals das wärmende Tuch gelegt, stampfen die Menschen nur langsam vorwärts, gegen den Wind. Die Hände wärmen sich unter dem Schutz des Handschuhs in den dicken Taschen oder sind damit beschäftigt, den Hut fester zu halten oder das Taschentuch ins Gesicht zu pressen. Tränen, dicke Tränen kollern über die geröteten Backen, vom scharfen Ostwind aus den Augen gepreßt. Und selbst die Nase will nicht ganz dicht halten. Brrr! Beinahe gäbe es Eiszapfen an der Nasenspitze. Endlich ist vielleicht ein schützender Hausflur, das Heim, die Werkstatt erreicht! Man pustet in die Hände, strampelt hin und her und klappert ein bißchen mit den Zähnen.

Wer so wie ein Häufchen Unglück über das glatte Pflaster geht, müßte Mitleid auslösen. Am meisten natürlich die kleinen Mädchen! Ganz recht, kurze Kleider, Florstrümpfe! Rücksicht auf Mode ist das Zähneklappern schon wert. Und erst die ganz kleinen Mädchen und die kleinen Jungens, die, so dürftig proletarisch angezogen, frierend von Schaufenster zu Schaufenster trotteln, die ihre Weihnachtswünsche schmieden und an die bitteren Möglichkeiten des Erreichbaren denken, denn der Vater ist arbeitslos oder verdient sehr wenig. Wer denkt an ihr Leid! Ja,

Gegen die schlesischen Sozialgesetze

Die hiesigen Sozialgesetze sind nicht nur für unsere Kapitalisten sehr beschwerlich, gegen welche sie ununterbrochen Sturm laufen, sie lassen aber die Kapitalisten in dem übrigen Polen und insbesondere die Agrarier nicht ruhig schlafen. Zwar sind diese Gesetze nur auf ein winziges Gebiet in Polen, auf Ost-Oberschlesien beschränkt, aber sie wirken ansteckend und daher die Empörung. Einen langen Artikel widmet unseren Sozialgesetzen das Organ der galizischen Schlachta der „Czas“ in Krakau anläßlich der letzten Lohnbewegungen in Polnisch-Oberschlesien und dem Dombrowaer Gebiet. Wie ist das nur möglich — frägt der „Czas“ — daß in Oberschlesien durch einen einfachen Schiedsspruch einer Kommission oder eine Entscheidung des Arbeitsministers der Schwerindustrie, ohne weiteres eine Lohnerhöhung aufgehalst werden kann, obwohl die Produktion eine Lohnerhöhung nicht gestattet und die Arbeitsgeber einstimmig eine solche ablehnen. Wie ganz anders wird in Dombrowa Gornicza vorgegangen. Dort ist keine Schlichtungskommission und die Regierung beschränkt sich lediglich auf die Vermittelungsrolle. Dort kann niemand den Arbeitsgebern gegen ihren Willen eine Lohnerhöhung auferlegen. Daher sind auch in Dombrowa die Löhne und die Arbeitszeit den Verhältnissen besser angepaßt. Die schlesische Schwerindustrie arbeitet unter schwierigeren Verhältnissen, muß höhere Löhne zahlen bei einer kürzeren Arbeitszeit. So jammern die galizischen Agrarier in ihrem Krakauer Hauptorgan. Trotz der höheren Löhne der schlesischen Bergarbeiter im Vergleich zu dem Dombrowaer Gebiet, lebt doch das schlesische Industrievolk direkt jämmerlich, allerdings lebt unser Kumpel vielleicht etwas besser als die galizischen Sachsengänger, die beim trockenen Brot und fingergroßen Stück Speck täglich 14 Stunden arbeiten können. Unser schlesische Kumpel ist aber in ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen und es läßt sich beim „besten Willen“ nichts mehr aus ihm auspressen.

Nach langer Untersuchung kommt der Krakauer „Czas“ auf das Demobilmachungsgesetz zu sprechen und sagt, daß das Gesetz schon längst überholt wurde. Bei der Auflösung der großen Armee und der Ueberführung der Betriebe von der Kriegs- in die Friedensproduktion mag dieses Gesetz am Platze gewesen sein, aber nicht mehr heute. Das Blatt bezeichnet das Demobilmachungsgesetz als dem gegenwärtigen Geiste wiedersprechend das auf Schritt und Tritt die schlesische Industrie behindere und der Unifikation der schlesischen Industrie mit Polen im Wege stehe. Das schlachtzizenorgan hat schon Recht, wenn es sagt, daß das Gesetz einer Unifikation, die die oberschlesische Arbeiterschaft von allen Eroberungen berauben würde, im Wege stehe. Unsere Gewerkschaftsführer haben eine solche „Unifizierung“ vorausgesehen und daher die Arbeitereroberungen in der Genfer Konvention verankert. Dadurch wurden die bereits eroberten Arbeiterrechte des schlesischen Arbeiters für 15 Jahre garantiert, und wir wollen hoffen, daß in dieser Zeit die Arbeiter in Polen soviel gelernt und auf dem Sozialgebiete errungen haben, daß die Unifizierung auf dem Sozialgebiete nicht allzu große Opfer von unserer schlesischen Arbeiterschaft erfordern wird.

Das Demobilmachungsgesetz ist unseren polnischen Agrariern umsomehr verhaßt, als es ein Produkt der Sozialrevolution ist. Daher sagt das Blatt, daß die Regierung trachten muß, das ganze Kohlenrevier hinsichtlich des Sozialgesetzes gleizustellen. Da aber nicht gut möglich ist, das „Kriegsgesetz“, 9 Jahre nach dem Kriege auf Dombrowa und Chrzanow auszudehnen, so bleibt, nach dem „Czas“ nur eins übrig und zwar die Abschaffung des Demobilmachungsgesetzes in Oberschlesien, das ja ohnehin ein Produkt der Sozialrevolution ist. Die Agrarier werden sich noch 10 Jahre gedulden müssen, weil die Genfer Konvention, die dieses Gesetz den schlesischen Arbeitern garantiert, noch 10 Jahre läuft. Bis dahin werden hoffentlich die polnischen Arbeiter den Agrariern, soviel Vernunft beigebracht haben, daß sie über das Arbeiterschutzgesetz anders denken werden.

Börsenkurse vom 23. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.— zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	47.— Rmk.

der Winter ist ein rechter Mann, kernfest und auf die Dauer! Wenn nur Schnee käme, so hofft man, könnte der eisige, schaurige Ostwind, der durch alle Ritzen und Fugen dringt, mit seiner grimmigen Kälte etwas nachlassen.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz. Es wird nochmals auf den Vortrag von Professor Dr. Brahn über das Thema „Der Pessimismus, eine Quelle der Kraft“, der heute Abend 8 Uhr im Saale des evangelischen Gemeindehauses, ul. Bankowa, stattfindet, hingewiesen. Herr Professor Brahn, wird in seinem Vortrage von Schopenhauer und Richard Wagner ausgehen, als künstlerische Begleiterscheinungen Wilhelm Busch und Wilhelm Raabe streifen, und schließlich an Nietzsche und Spengler auseinandersetzen, wie sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland eine neue Form des Pessimismus entwickelt hat, der in starkem Gegensatz steht zu den erschlaffenden Formen des indischen Pessimismus, wie also das deutsche Wesen sich auch in dieser Weltanschauungsform kraftvoll äußert. Karten von 0,60 bis 3 Zloty an der Abendkasse.

Sitzung des Vorberatungs-Ausschusses. Auf einer weiteren Sitzung des Vorberatungs-Ausschusses, welche am Freitag, den 25. d. Mts. nachmittags um ½6 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses abgehalten wird, soll über nachstehende Punkte beraten werden: Wahl der Magistratsmitglieder, Vornahme der Ergänzungswahlen für den Vorberatungs-Ausschuß, ferner für das Kuratorium der städtischen Sparkasse und den Steuerausschuß, sowie Wahl des Sekretärs für die kommissarische Stadtverordneten-Versammlung. Als weiterer Punkt liegt die Angelegenheit betreffend Nachbewilligung einer Summe in Höhe von 14 000 Zl. zur Erhaltung der städtischen Schulen, zur Beratung vor. Nachdem inzwischen durch die Wojewodschaft die von der Deutschen Wahlgemeinschaft in Vorschlag gebrachten Mitglieder als Stadtverordnete bestätigt worden sind, dürften die neuen deutschen Stadtverordneten an der Sitzung des Vorberatungs-Ausschusses bereits teilnehmen, um bei den Beratungen über die Vornahme der Wahlen zugegen zu sein. Im Laufe der nächsten Woche soll die zweite Sitzung des kommissarischen Stadtparlaments einberufen werden.

Fahrplanänderung. Der Vertreter des direkten Wagens zwischen den Stationen Kattowitz—Bad Jastrzemb bei den Personenzügen Nr. 825 — 933, Abfahrt Kattowitz 7.34, Ankunft in Bad Jastrzemb 9.48 und zurück bei den Zügen 946 — 834. Abfahrt Bad Jastrzemb 20 33, Ankunft in Kattowitz 22.53, wird vom 25. November ab bis auf Widerruf eingestellt.

Aenderung einer Bahnhofsbezeichnung. Die Gemeinde Rosdzin ist an den Kattowitzer Eisenbahndirektor herangetreten, die Bezeichnung Bahnhof Szopienice in Bahnhof Rosdzin umzuändern, da das Bahnhofsgebäude auf Rosdziner Gebiet steht.

Weitere Preiserhöhungen für Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Auffallend hohe Unterschiede weisen die neuen Milch- und Butterpreise, im Vergleich zu den Preisen der Vorwoche auf. Es hat sich geändert: Der Höchstpreis für einen Liter Milch von 48 auf 52 Groschen, Tafelbutter pro Pfund von 3,60 auf 4 Zl., Landbutter von 3 auf 3,30 Zloty, Kochbutter von 2,60 auf 2,80 Zloty. Weiterhin wurde der Höchstpreis für Landeier pro Stück von 200 auf 21 und ausgewählte Landeier von 24 auf 25 Groschen festgesetzt. Ermäßigt wurden die Laden- und Marktverkaufspreise für Schweinefleisch und grünen Speck, sowohl 1. als auch 2. Qualität und zwar um je 10 Groschen im Vergleich zu den Preisen der Vorwoche. Vom heutigen Mittwoch ab sind die neuen Höchstpreise gültig.

Tragödie eines alten Mannes. Der 50 Jahre alte, in Zalenze wohnhafte Julius Witkowski beging am Montag in seiner Wohnung Selbstmord durch Erhängen. Witkowski stand vollständig allein, war längere Zeit bereits arbeitslos und verfügte über keine Existenzmittel mehr, so daß er aus Nahrungssorgen zu der Tat griff. Die Leiche des alten Mannes wurde nach dem Kattowitzer städt. Krankenhause geschafft.

Einbrüche. Ein Einbruch verübt wurde in die Wohnung des Hüttenmeisters Ernst Kröner, als sämtliche Wohnungsinsassen abwesend waren. Die noch nicht ermittelten Täter, sahen es hauptsächlich auf Wäsche ab, von der sie ziemlich viel mitnahmen. Ein weiterer Einbruch wurde in das Konfektionsgeschäft Altmann auf der ul. Wojewodzka ausgeführt,. Hier stahlen sie beträchtliche Mengen von Garderobe.

Königshütte und Umgebung

Wie steht es mit der Kohlenbelieferung?

Streng hat der Winter eingesetzt und ein großer Teil unserer Bevölkerung, die Arbeitslosen, Witwen und Waisen besitzen nicht ein Stückchen Kohle, um sich zu erwärmen. Erkältungskrankheiten aller Art, sind die Folgen, weil sich unsere Behörden noch nicht entschlossen haben, die Kohlenverteilung anzuordnen. Wie ein Hohn klingt es, wenn im Walde der Kohle es heute Menschen gibt, die frieren müssen, während anderweitig die gestapelten Kohlen auf den Halden lagern und zu Staub werden, anstatt sie unter die Armen und Bedürftigen zu verteilen. Vielleicht begründet man dieses auch mit der göttlichen Weltordnung. Hoffentlich genügen die paar Zeilen, um das bis heute Unterlassene schnellstens nachzuholen, bevor schlimmere Folgen eintreten. Oder will man bis zum Frühlingsanfang mit der Versorgung warten?

Wohnungsummeldungen. Der Magistrat macht bekannt, daß im Sinne des Artikels 73 und 78 der Bestimmungen über die Militärdienstpflicht vom 23. Mai 1926 (Dez. U. R. Nr. 61) alle militärpflichtigen Männer und Reservisten verpflichtet sind, jede Wohnungsveränderung beim Meldeamt bekanntzugeben. Der Magistrat fordert alle Militärdienstpflichtigen und Reservisten, welche dieser Anordnung noch nicht nachgekommen sind, auf, dieses bald im Militärbüro des Rathauses, Zimmer 34, in den Dienststunden zu tun. Die Säumigen werden im Sinne des Artikels 87 und 108 der Militärdienstvorschriften strafrechtlich verfolgt.

Verlängerte Verkaufszeiten. Auf Grund des § 139 der Gewerbeordnung und des § 9 des Ministerialerlasses des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 18. März 1919 mit Einverständnis des Demobilmachungskommissars vom 8. Dezember 1926 (K. D. 751/75), können ausnahmsweise die Verkaufsstellen bis 8 Uhr abends offengehalten werden und zwar am Mittoch, den 30. November Donnerstag, den 1. Dezember, Mittowch, den 21. Dezember, Donnerstag den 22. Dezember und Freitag, den 23. Dezember.

Vom Roten Kreuz. Kostenlose Rote Kreuz-, Tuberkulose-, Fürsorge- und Beratungsstellen befinden sich in Königshütte an der ulica Wandy 68 (Charlottenstraße), Sprechstunden täglich von 8—10 Uhr, (Leitung Dr. Spyra), in Bismarckhütte an der ulica Spitalna im Revier Sprechstunden jeden Donnerstag von 12—1 Uhr (Leitung Dr. Mierzonski), in Schwientochlowitz im Landratsamt Sprechstunden täglich von 8—10, (Leitung Dr. Hessek), in Ruda ulica Koscielna im städtischen Krankenhause, Sprechstunden jeden Mittwoch von 1—2 Uhr (Leitung Dr. Dreks).

Keine Annahme von Arbeitskräften. Wie das Postamt Königshütte bekannt macht, sind alle Gesuche um Anstellung und Beschäftigung im Post- und Telegraphenamt zwecklos, da bis auf weiteres in beiden Aemtern der Bedarf gedeckt ist.

Vom Straßenbau. Die Königshütter Hauptverkehrsstraßen, die nach Beuthen und Kattowitz führen, sollen im nächsten Frühjahr ganz ausgebaut werden. Die Kosten werden etwa eine Million Zloty betragen. Die Pflasterung der ulica Bytomska (Beuthenerstraße) soll bis zur Landesgrenze bei Hohenlinde, die der ulica Katowicka (Kattowitzerstraße), bis zum Kosciuszkopark durchgeführt werden. Die benötigte Anleihe soll zu Investierungszwecken aufgenommen werden, um die beiden Hauptstraßen in einen ordnungsmäßigen Zustand zu bringen.

Straßensperre an den Markttagen. Nach einer Anordnung der Polizeidirektion Königshütte, bleibt die ulica Krakusa (Schlachthofstraße), aus Sicherheitsgründen an den beiden Markttagen in der Zeit von 5—15 Uhr für den Wagenverkehr gesperrt. Eine Ausnahme bildet nur die Zufahrt nach dem städtischen Schlachthof und dem Marktplatz selbst. Alle Uebertretungen werden zur Anzeige gebracht und bestraft.

Tarnowitz und Umgebung

Kein Aufruhr im Tarnowitzer Gefängnis. Niemand behauptete, daß im Tarnowitzer Gefängnis eine Meuterei ausgebrochen ist, jedoch behauptete es die „Polska Zachodnia“. Das ist wohl der beste Beweis, daß im Tarnowitzer Gefängnis tatsächlich etwas vorgekommen sein muß. Das Justizministerium teilt mit, daß am 1. November früh um 6 Uhr als die Zellen aufgeräumt werden sollten, stürzte der Untersuchungsgefangene Piglo auf den Aufseher den er mit Hilfe von zwei Kalfaktoren entwaffnete, ihm die Schlüssel abnahm und ihn in seine Zelle einsperrte. Dann wurden die Zellen aufgemacht und weitere drei Gefangene befreit. Die Gefangenen übersetzten die Mauer und brannten durch. Kurz nach diesem Vorfall wurden die Wachen alarmiert und es gelang drei von den Entwichenen, darunter Piglo noch an demselben Tage einzuholen. Drei weitere Gefangene werden gesucht. Es ist also nur ein kleiner Aufruhr. Ueber das Tarnowitzer Gefängnis hört man schon seit langem Klagen. Gerade die Behandlung der Gefangenen soll manches zu wünschen übrig lassen Selbst vom Gerichtsgebäude kann man beobachten, wie die Gefangenen vor dem Kerker von weitem ehrfurchtsvoll die Mützen abnehmen, als wenn das ein heiligtum wäre. Wem soll eine solche Anordnung nützlich sein das wird kaum jemand wissen und darüber Aufklärung geben können. Verschwindet doch das Individuelle des Gefangenen hinter der Zellennummer ganz und gar und man sollte doch die Unglücklichen in der Nähe des Kerkers nicht ohne Mützen stehen lassen.

Fortsetzung der Haussuchungen in Tarnowitz. Die Haussuchungen in Tarnowitz werden gegen verschiedene Mitglieder des Sterbekassenvereins, der angeblich mit den Kriegervereinsorganisationen in Deutsch-Oberschlesien in Verbindung stehen soll, fortgesetzt. Die Untersuchungen beim Markscheider Schywi und gräfl. Sekretär Ackermann waren ebenso erfolglos wie die vorangegangenen Untersuchungen beim Magistratssekretär Mittmann Lediglich ein paar alte Akten konnten beschlagnahmt werden.

Pleß und Umgebung

Nikolai. (Aus dem D M V) Am Sonntag fand die fällige Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Koll. Krasson eröffnete dieselbe und gab die Tagesordnung bekannt. Nachdem man das Protokoll der letzten Versammlung verlesen hat, welches auch angenommen wurde, erteilte Koll. Krasson dem Referenten Koll. Gewerkschaftssekretär Dittmer das Wort zu seinem Referat Redner sprach über das neue Sozialversicherungsgesetz und erläuterte eingehend sämtliche Paragraphen der neuen Sozialgesetzgebung. In der darauffolgenden Diskussion, die eine sehr stürmische war, wurde ein Beschluß gefaßt, eine Resolution an die maßgebende Instanz zu senden, in der gesagt wird, daß man sich mit einer verschlechternden Sozialversicherung nicht einverstanden erklärt. Nun schritt man zu Punkt Anträge und Verschiedenes und man stellte verschiedene Anfragen an Koll. Dittmer, die derselbe zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortete. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schloß Koll. Krasson nach einer 2½stündigen Dauer die Versammlung mit dem Wunsche, noch mehr Klassenkämpfer zu werben.

Rybnik und Umgebung

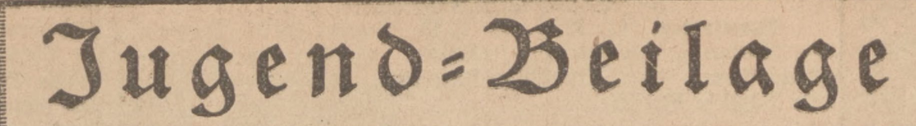
Gemeindewahlen in Giraltowitz. Die Gemeindewahlen vom 14. November 1926 in Giraltowitz wurden für ungültig erklärt und auf den 8. Mai 1927 verlegt. Man verschob den Termin später auf den 28. September und nun endlich noch einmal auf den 27. November.

Republik Polen

Lodz. (Furchtbarer Doppelmord.) In einer der letzten Nächte waren bisher unermittelte Mörder in das einsam gelegene Haus der beiden Eheleute Klisiak im Dorfe Pordzew, Kreis Turek, eingedrungen und haben die Beiden meuchlings ermordet. Die Mörder müssen mit den Wohnungsverhältnissen vertraut gewesen sein, und auch gewußt haben, daß die beiden Eheleute niemand weiter bei sich haben. Das Haus steht etwa einen halben Kilometer von den anderen Häusern der Ortschaft entfernt, so daß etwaige Hilferufe nicht gehört werden können. Fuhrleute, die an einem der letzten Tage an dem Hause vorbeikamen, bemerkten auf dem Schnee frische Blutspuren. Sie versuchten in das Haus einzudringen, fanden jedoch die Türen verschlossen, dagegen ein Fenster nur angelehnt. Als die Polizei die Tür zum Hause erbrach, fand man die beiden Eheleute in der Schlafstube ermordet auf. Beide hatten klaffende Wunden am Kopfe und am Körper. Die Wunden müssen mit einer Axt beigebracht worden sein. Die Polizei nimmt an, daß es sich hier um dieselben Banditen wie bei der Familie Klemm handelt, weil auch dort dieselben Wunden festgestellt wurden. In jedem Fall glaubt die Polizei es nur mit einzelnen Tätern zu tun zu haben, die durch irgendwelche Zufälle auskundschaften, wo bei den Bauern viel Geld vorhanden ist. Das Ehepaar Klisiak war bereits seit Jahrzehnten in Pordzew ansässig und hatte sich ein größeres Vermögen zusammengespart, welches Geld jedoch dauernd im Hause behalten wurde.

Deutsch-Oberschlesien

Beuthen. (Keine Kohlenbücher verkaufen.) Der Grubenhäuer Max K. war in Geldschwierigkeiten geraten und hatte sein zur Empfangnahme berechtigtes Kohlenbuch für 8 Mark dem Steinsetzer Peter N. verkauft. Der nächste Erwerber des Kohlenbuches war der Kohlenhändler Max K., der, um in den Besitz der Deputatkohle zu kommen, es handelte sich um 20 Zentner, in demselben Fälschungen vornahm und es dann für 7 Mark an die Kohlenhändlerin Rosalie M weiterverkaufte. Die Folge davon war, daß K. wegen schwerer Urkundenfälschung und die anderen drei Genannten wegen Beihilfe dazu unter Anklage gestellt wurden und sich außerdem noch in der Verhandlung, die am Dienstag vor dem erweiterten Schöffengericht in Beuthen stattfand, wegen Betruges bezw. Beihilfe zum Betrug zu verantworten hatten. Der Betrug wurde darin erblickt, daß die Angeklagten den Unterschied zwischen dem Tagespreis der Kohle und der Deputatkohle für sich in Anspruch genommen hatten. Der Angeklagte K., der die falschen Eintragungen in dem Kohlenbuch vorgenommen und sich dadurch der mit Zuchthaus bedrohten schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht hatte, wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll aber nach Verbüßung von zwei Monaten für die Reststrafe eine dreijährige Bewährungsfrist erhalten. Den anderen Angeklagten konnte eine Beihilfe zu der schweren Urkundenfälschung nicht nachgewiesen werden. Dafür wurden aber N und K., weil sie die Grubenverwaltung um den Unterschied zwischen der Deputatkohle und der zum Tagespreis abgegebenen Kohle geschädigt hatten wegen Betruges bezw. Beihilfe dazu verurteilt, und zwar N zu 50 Mark Geldstrafe, K. zu 20 Mark Geldstrafe. Frau M. wurde wegen mangelnder Beweise freigesprochen.



Jugend-Beilage

Herbstwandern

Wandre durch den stillen, herben Morgen ins Freie, frühzeitig, wenn in der Luft noch die Nebel wallen und um dich herum alles erwacht! Laß alles daheim, nur ein tüchtiger Stock und einige Stullen im Rücksack sollen deine Begleiter sein.

Und dann singe ein Lied, ganz leise für dich allein, und lenke deine Schritte dem dunklen Walde zu! Oder schweige und denke an den Sommermorgen, wo ihr mit der gesamten Gruppe diesen Weg gewandert seid, scherzend, singend und frohen Muts!

Sieh, wie die Sonne aufsteigt, wie sie golden die Nebel durchdringt und dann alles um dich herum mit ihren leuchtenden, lebenerweckenden Fluten übergießt! Das Laub raschelt unter deinen Füßen. Es grüßen dich die Herbstblumen, die trotzig und lebensfroh der Allmutter Sonne entgegenrecken. Denn jeder Halm, jedes Pflanzenblatt strebt der Sonne zu, um sich zu erhalten; es wird bleich und krank, wenn das helle Licht ihm mangelt. Uns Menschen geht es genau so, wenn wir die Sonne, die Spenderin aller Kraft, meiden. Darum dieses Sehnen nach dem Wandern, dieses Wohlbehagen nach einem ausgeführten Ausflug.

Und sei nicht traurig! Der Herbst ist der Vorbote eines neuen Frühlings. Im Herbst beginnt die Natur die Kräfte zu sammeln, um im nächsten Jahr von neuem aufbauen zu können. Ohne Herbst wäre auch kein Frühling möglich. Achte auch auf die Harmonie der satten, kräftigen Farben, nichts Verschwommenes wirst Du finden, alles ist herb und klar.

Deine Brust weitet sich beim Marschieren; wenn dein Blick trüb war, wird er sich aufhellen, läßt Du Dir die herbstlich frische Luft um die Stirn wehen. Du fühlst Dich frei und unbezwungen.

Drum greife an einem Herbstmorgen frühzeitig zum Wanderstab, laß den Lärm der Stadt hinter Dir, und wandre mit offenen Sinnen hinaus in die Stille des nebelnden Morgens!

„Frei Heil!“ R. D.

Sozialistische Jugendbewegung in Norwegen

Die norwegische Arbeiterbewegung bildete bis 1921 eine organisatorische Einheit. In der Jugendbewegung hatte sich aber schon vor 1910 eine fraktionelle Gruppierung herausgebildet. In Verbindung mit einer wachsenden oppositionellen Gruppe im Gewerkschaftsbund gewannen später die führenden Genossen der Jugendbewegung einen stets stärkeren Einfluß auf die norwegische Arbeiterpartei. Die Bewegung stand zunächst unter dem Einfluß französischer syndikalistischer Gedankengänge, später betrachteten sich ihre Anhänger als ausgesprochene Marxisten. Während des Krieges waren die Bolschewisten Kollontay, Radek, Bucharin und auch Lenin Mitarbeiter in der Jugendzeitschrift. Die Bewegung wurde radikal antiparlamentarisch.

Die Jugendbewegung wurde schließlich eine Parteifraktion und errang auf dem Parteikongreß 1918, unter dem Einfluß der russischen Ereignisse, einen großen Sieg, der 1921 zur Trennung der Partei in eine Kommunistische und eine Sozialdemokratische Partei führte. Im Jahre 1923 traten die ausgesprochenen kommunistischen Mitglieder der Kommunistischen Partei aus und bildeten eine besondere Kommunistische Partei als norwegische Sektion der kommunistischen Internationale. Die Wahlen im Oktober 1924 zeigen die Stärkeverhältnisse, sie brachten der alten Kommunistischen Partei 179 000 Stimmen, während die Moskauer Kommunisten 59 000 erhielten. Der Organisationsapparat der Jugendbewegung wurde von der neuen Organisation erobert, und die größere Partei mußte ihre Jugendorganisation neu aufbauen. Es ist symptomatisch für die damalige Einstellung dieser Partei, daß ihre Jugendorganisation den Namen „Linkskommunistische Jugend“ wählte.

In der Politik der „Linkskommunistischen Partei“ zeigte sich seitdem eine stete Annäherung an die Politik der norwegischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Am 30. Januar dieses Jahres wurde die organisatorische Vereinigung der beiden Parteien außerhalb der Internationale durch einen Einigungskongreß bestätigt. Es bestehen also jetzt in Norwegen die „Norwegische Arbeiterpartei“ — das ist die vereinigte Arbeiterpartei — und die „Kommunistische Partei“. 1922 wurde die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei völlig neu gegründet. Diese Organisation, die jetzt 5000 Mitglieder zählen dürfte, sollte nach Beschluß des Einigungskongresses bis Mai dieses Jahres mit der „Linkskommunistischen Jugend“ vereinigt werden. Sie war außerdem aufgefordert worden, aus der Sozialistischen Jugendinternationale auszutreten.

Der Jugendkongreß wurde auf den 24. April einberufen. Es waren angemeldet 159 Vertreter der „Linkskommunistischen Jugend“ und 122 Vertreter des „Sozialistischen Jugend-Verbandes Norwegens“. Bis auf einzelne Punkte hatte das Verhandlungskomitee der beiden Verbände sich geeinigt. Die hauptsächlichen Gegensätze bezogen sich auf die Verwaltung des künftigen vereinigten Verbandes, den Namen der Zeitung und die internationalen Beziehungen. Außerdem bestand bei den Vertretern der „Linkskommunistischen Jugend“ noch die fraktionelle Einstellung der alten Jugendbewegung der Partei gegenüber. Sie kam auch während der Verhandlungen zum Ausdruck; vor allem wollte man sich die Möglichkeit offen halten, gegen einen Anschluß des Gewerkschaftsbundes an Amsterdam. Die Gewerkschaften sind bei uns eng mit der Partei verbunden. Der Vorsitzende des Bundes sitzt als solcher im Vorstand der Partei. In den Richtlinien über das Verhältnis der Partei zum Gewerkschaftsbund steht aber: „Die Partei erkennt die Souveränität der Gewerkschaften auf ihrem Gebiete an, auch in bezug auf die internationalen Organisationsverhältnisse der Gewerkschaften und des Bundes..“ Die Vertreter der „Linkskommunistischen Jugend“ wollten vermeiden, die Richtlinien der Partei zu unterschreiben. Man hat sich aber auf folgenden Beschluß geeinigt: „Die vereinigte Jugendorganisation arbeitet im Anschluß an die norwegische Arbeiterpartei — die vereinigte Arbeiterpartei — und billigt ihre prinzipielle Grundanschauung“.

Alle Abstimmungen im Jugendkongreß geschahen fraktionsweise. Die linkskommunistische Jugend, die die Mehrheit bildete, übte dabei eine wahre Diktatur aus. Der Name der Zeitung des künftigen Verbandes wurde nach ihrem Vorschlag beschlossen, obgleich von den Vertretern des sozialistischen Verbandes hervorgehoben wurde, daß dieser Name sich gerade jetzt nicht für ein Werbeblatt eignet. Die Linkskommunisten diktierten dem Kongreß einen Beschluß, der nicht nur organisatorische Zusammenarbeit mit Jugendverbänden anderer Länder verbietet, sondern auch den einzelnen Mitgliedern der Jugendbewegung die Teilnahme an Veranstaltungen ausländischer Jugendverbände ohne die Zustimmung des Zentralausschusses untersagt.

Die wichtigste Frage war aber die Entscheidung über den Anteil der Vertreter des sozialistischen Jugendverbandes an der täglichen Leitung des neuen Jugendverbandes; denn hier mußte es sich zeigen, ob den Grundansichten des sozialistischen Verbandes ein Einfluß in der neuen Organisation gesichert war, der dem Stärkeverhältnisse entsprach. Man war darauf vorbereitet, daß auch in dieser Hinsicht eine Diktatur der Mehrheit ausgeübt werden sollte. Die dem Jugendkongreß vorangehende Tagung der Vertreter des sozialistischen Verbandes hatte daher einstimmig als absolute Voraussetzung der Vereinigung festgestellt, daß einer ihrer Vertreter als Angestellter in die Leitung gewählt wird, andernfalls würde man sich der Einigung entziehen und sich der Tätigkeit in der Partei widmen. Der Jugendkongreß beschloß, zwei Vertreter der Linkskommunisten anzustellen. Zu erreichen war nur, daß zugesagt wurde, daß ein Vertreter des SJ. angestellt wird, „wenn die finanzielle Lage der Organisation es gestattet“. Die Vertreter der sozialistischen Jugend verließen daraufhin den Kongreß. Der Vorsitzende der Partei, der Generalsekretär und der Redakteur des Hauptorgans der Partei suchten sie dann auf und versprachen nach einer Verhandlung, die ökonomische Garantie für die Anstellung zu schaffen. Damit war die Voraussetzung für die Einigung als gesichert anzusehen, die beiden Gruppen kamen wieder zusammen und die Einigungsverhandlungen wurden zu Ende gebracht.

Es besteht also jetzt in Norwegen diese Jugendorganisation — „Arbeidernes Ungdomsfylking“ —, die außerhalb der Internationale steht und 10 000—12 000 Mitglieder zählt. Die Sektion der Kommunistischen Jugend-Internationale ist ganz unbedeutend.

Die Umstände, unter denen die Einigung vollzogen wurde, waren wenig ermutigend. Es ist aber eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Partei ersichtlich und zu hoffen, daß die Führer der neuen Organisation sich auf die eigentlichen Aufgaben einer proletarischen Jugendorganisation besinnen werden.

Bjorne Fryland Nielsen.

Die schlesischen Weber

Im düstern Auge keine Träne,
sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
„Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
in Winterskälte und Hungersnöten;
wir haben vergebens gehofft und geharrt,
er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
den unser Elend nicht konnte erweichen,
der den letzten Groschen von uns erpreßt
und uns wie Hunde erschießen läßt —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
wo nur gedeihen Schmach und Schande,
wo jede Blume früh geknickt,
wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt —
Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
wir weben emsig Tag und Nacht —
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
wir weben hinein den dreifachen Fluch.
Wir weben, und weben!“

Heinrich Heine.

Was Mädchen leiden

Von Anna Siemsen.

1.

Zeiten gesellschaftlicher Umwandlungen sind immer Zeiten des Kampfes und des Leidens für den einzelnen. Und je stärker die Umgestaltungen in das persönliche Leben eingreifen, desto schwerer wird die Auseinandersetzung. Sie wird verhängnisvoll, wenn sie junge, wenig widerstandskräftige und unerfahrene Menschen trifft. Das ist der Fall bei unseren jungen Mädchen, die vor der Aufgabe stehen, ihr geschlechtliches Leben so zu ordnen, daß sie Gesundheit und Selbstachtung bewahren, ehrlich bleiben und zu lebenstüchtigen und verantwortungsvollen Müttern heranwachsen. In dieser Aufgabe, die sicher für die Zukunft der Gesellschaft die allerwichtigste ist, werden sie vollkommen allein gelassen, ohne Hilfe, Aufklärung und Schutz. Ja, die gesellschaftliche Heuchelei verbaut ihnen noch alle Wege, auf denen sie selbst sich helfen könnten. Fontane, der ein konservativer und völlig unrevolutionärer Mann war und alle sittlichen Fragen sehr ernst nahm, erklärte geradezu, auch der muffigste Moralist werde es keinem Mädchen verargen, das wie Gretchen seiner Liebe folge, vorausgesetzt, daß sie die gesellschaftlichen Konsequenzen, „die ja manchmal harte sind“, auf sich nehme. Wären wir so weit! Aber in Wirklichkeit spielt auch heute bei Eltern und Freunden eigentlich nur der eine Gesichtspunkt eine Rolle: Wie vermeiden wir Skandal? Was aus dem Mädchen wird, ist demgegenüber gleichgültig. Und die Verwüstungen, die hier im Verborgenen vor sich gehen, werden von keiner Statistik und keiner Erhebung erfaßt.

2

Für gewöhnlich werden unsere jungen Proletarierinnen für besonders gefährdet gehalten. Sie sind es durch ihre wirtschaftliche Lage. Aber die „jungen Damen“ der bürgerlichen Gesellschaft sind es durch die unerhörte Heuchelei ihrer Umgebung. Die einzigen, die über diesen Punkt vielleicht etwas Zuverlässiges sagen könnten, sind die Aerzte, denen die Schweigepflicht den Mund schließt. Aber schon wir Lehrer erhalten oft erschreckende Einblicke in das, was Schulmädel — anscheinende Kinder — durchmachen müssen, und vor allem über das völlige Versagen der Eltern, welche die Nöte ihrer Kinder nicht sehen wollen und oft gegen besseres Wissen tun, als sei alles in Ordnung.

Ich greife aus vielen Fällen meiner Erfahrung einen heraus, der besonders klar, aber gar nicht ungewöhnlich lag.

In der Schule eines anderen Ortes hatte ein sexuell anormaler Lehrer mit einer Reihe von Schülerinnen sich vergangen. Die Sache wurde gerichtsnotorisch. Eines dieser Kinder, ein frisches, hübsches und lebendiges Ding, das auf unsere Schule gekommen war, erzählte mir in höchster Angst und unter dem Siegel völliger Verschwiegenheit, was mit ihr geschehen war. Sie war infolge der frühen geschlechtlichen Erregung, des steten Wechsels von Unterdrückung und heimlicher Befriedigung ihrer Triebe schwer pathologisch geworden, gehörte unbedingt in ärztliche Behandlung und in ganz andere Umgebung und Tätigkeit. Ich bat die Mutter zu mir und suchte ihr, soweit ich das durfte dem Kinde gegenüber, das sich mir anvertraut hatte, die Sachlage klarzumachen. Sie verstand mich sehr wohl, aber sie wollte nicht verstehen. Sie wollte keinen Skandal, und, nachdem ihre Tochter erfolgreich vor Gericht gelogen hatte, sollte sie diese Lügen im Leben fortsetzen. Daß das Kind krank war? Wie gleichgültig gegenüber dem Reden der Bekannten!

All mein Zureden blieb ergebnislos. Und als ich dann mit dem Mädchen sprach und sie bat, um ihrer selbst willen mit den Eltern offen zu sein, da gab sie mir zur Antwort: „Was hilft es denn? Mama will ja, daß ich lüge. Da bleibt mir doch nichts anderes übrig.“

„Mama will ja, daß ich lüge.“ Das erfahren Tausende unserer bürgerlichen jungen Mädchen. Und diese Lügen vergiften ihr Leben, ihre Ehen und schließlich unsere ganze Gesellschaft. Und deshalb glaube ich, daß diese Mädchen mehr als alle anderen gefährdet sind durch unsere Heuchelei und Verantwortungslosigkeit.

3.

Die junge Proletarierin ist nicht so sehr wie das bürgerliche junge Mädchen gefährdet durch die gesellschaftliche Heuchelei, um so mehr aber durch ihre Lage, die sie fortwährend männlichen Wünschen aussetzt, oft genug sie gänzlich männlicher Gewissenlosigkeit preisgibt.

Es gibt hier nur eine Hilfe: völlige Aufrichtigkeit, die das Mädchen ausrüstet mit dem Wissen von ihrer Lage, ihr die Gefahren und ebenso die Mittel sich zu behaupten und zu bewahren zeigt, und dann die Möglichkeit und Gewöhnung an einen gesunden, kameradschaftlichen Verkehr mit jungen Proletariern. Ein solcher Verkehr ist nicht leicht, aber er ist das einzige Mittel, um Heimlichtuerei mit all ihren bösen Folgeerscheinungen zu vermeiden. Und wenn er auch keine sichere Kur ist gegen Ueberraschungen der Sinne, so ist die Wahrscheinlichkeit einer unüberlegten Hingabe doch weit geringer, wenn das Mädel viele junge Burschen in täglichem Verkehr kennen gelernt hat und miteinander vergleichen konnte.

Wie groß heute die Not ist, das wissen wohl alle, die mit proletarischer Jugend zusammengelebt haben.

Die Fälle sind nicht die schlimmsten, wo solch ein junges Ding sich unüberlegt hingab und nun ein Kind zur Welt bringt, während sie selbst noch ein Kind ist. Ob der Bursche sie in einem solchen Falle heiratet oder nicht, scheint mir gar nicht das Wesentliche. Eine verfrühte Ehe, bevor die Ehegatten sich recht entwickelt haben, bevor also die Möglichkeit der Kameradschaft gegeben ist, ist in jedem Falle eine große Gefahr, in den meisten ein Unglück. Schlimmer aber in jedem Falle ist die allzu frühe Belastung der jungen Mutter mit einer Verantwortung, der sie weder körperlich, noch geistig gewachsen sein kann, ist das Schicksal des Kindes, das in die Welt gesetzt wird, ohne daß die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung sich schaffen lassen.

Und doch sind dies nicht die traurigsten und, ich glaube, nicht einmal die häufigsten Fälle. Viel schwerer sind jene, wo ein junger Mensch einen Augenblick der Leidenschaft erlebte und die Folgen beseitigt, weil er sie nicht tragen kann, oder glaubt, nicht tragen zu können. — Unsere herrlichen Gesetze, die nichts verhindern, aber alles in die Heimlichkeit drängen und dadurch jede Vorsicht, jede vernünftige Ueberlegung, jede gesunde Kontrolle unmöglich machen, sie führen die Mädchen zu eigenen Eingriffen oder lassen sie Hilfe bei Freundinnen oder Kurpfuscherinnen suchen. Das Resultat ist immer wieder dasselbe: körperliche schwere Schädigungen, langes Leiden, dauerndes Siechtum, oft genug die Unfähigkeit gesund zu gebären. Und selbst, wo diese Körperleiden ausbleiben, entstehen oft ernste seelische Krankheiten, die vielleicht oft später ausbrechen, nicht selten aber durch schwere Melancholie und Wahnvorstellungen die jungen Menschen lebensunfähig und vielleicht auf immer unglücklich machen.

Warum das alles? Weil wir uns nicht entschließen können, jede Mutterschaft anzuerkennen und gesellschaftlich zu schützen. Damit würden wir dann auch den Boden gewinnen, um eine ehrliche Hygiene zu treiben und dadurch Jungen und Mädel zur Verantwortung zu erziehen, vor einander und vor der Gesellschaft und zum Gefühl ihrer großen Zukunftsaufgabe, Erzeuger und Träger des kommenden Geschlechts zu sein. Woher soll ihnen heute in unserer heuchelnden, lüsternen und völlig gewissenlosen Gesellschaft dies Gefühl erwachsen?

Wer nur ein wenig von der Not unserer jungen Genossinnen gesehen hat, die sie meistens tragen müssen ohne Aussprache, ohne Rat und ohne Verständnis zu finden, dem wird diese Frage als eine der ernstesten auf der Seele brennen.

Ruf und Mahnung an die Jungen

Laßt uns für die Partei werben.

Junge Menschen gewinnen, die sich mit ihrer jungen Seele, ihrer Begeisterungsfähigkeit und ihrer unverbrauchten Kraft in den Dienst unserer Bewegung stellen.

Wir Jungen müssen das Erbe übernehmen. Nicht nur erhalten, was uns übergeben wurde von den Alten, sondern weiterführen muß dann unsere Aufgabe sein. Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung muß von Generation zu Generation aufwärts steigend sein.

Wenn einst den müden Händen der treu gedienten Alten das Banner entgleitet, müssen wir schon dastehen, um es mit kräftigen Händen zu ergreifen. Bereit sein, heißt die Aufgabe der Jungen!

Wir wissen, daß wir nur der Sozialdemokratischen Partei mit Herz und Hirn dienen können. Für sie wollen wir dereinst bereitstehen, um Werk und Aufgabe fortzuführen, das die Alten nicht vollenden konnten. Unser Stolz muß es sein, zu wissen, daß uns die Partei, die sozialdemokratische, bitter notwendig braucht. Was nützt ihr Kampf, ihr Sieg, wenn niemand bereit steht, die Früchte des Kampfes, des Sieges auszunutzen? Welchen Wert hat eine Bewegung, von der man weiß, daß sie in einigen Jahren nicht mehr existiert, weil mit dem Absterben der Generation zugleich die Bewegung mit abstirbt, weil keine nachfolgende Generation Ziel und Aufgabe übernimmt?

Die Sozialdemokratische Partei ist keine Organisation, die nur vorübergehend besteht. Sie wird solange bestehen, bis die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren Klassengegensätzen zwischen dem Bürgertum und den Proletariern aufgehoben ist. Die Partei muß sich also schon im eigenen Interesse um ihre Erben bemühen.

Wir wollen aber nicht allein geholt werden von der Partei, sondern wir wollen der Partei selbst den Nachwuchs bringen. Liegt es doch auch in unserem Interesse, daß wir für die Partei werben, für sie die jungen Menschen heranholen und sie eingliedern in den Organisationsrahmen der Partei. Sie nicht nur interessieren, sondern sie auch gewinnen, muß unsere Aufgabe sein. Bekenntnis ablegen zur Sozialdemokratischen Partei!

Das Leben zwingt uns schon zur frühzeitigen Bekennung, zur Parteinahme. Wir erleben am eigenen Leibe, was gerecht und ungerecht ist, was Ausbeutung und Unterdrückung ist, deshalb können wir nicht lange darüber nachdenken, ob politisch oder nichtpolitisch. Wir wissen, daß wir als proletarische Jugend politisch sein müssen. Wir wissen aber auch zugleich, daß wir nur in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sein müssen, weil sie die alleinige politische Organisation ist, die unsere Interessen als Jugend und als Proletarier vertritt.

Deshalb offenes und klares Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei!

Treue um Treue!

Wenden wir unsere ganze Kraft auf, um die Partei zu stärken, um ihr junge Menschen zuzuführen, dann kann umgekehrt die Partei für uns Junge noch besser arbeiten, sie kann noch bessere Daseinsbedingungen für die Jugend erkämpfen. Sie fordert für uns, und stehen hinter diesen Forderungen gewaltige Massen organisierter Jugend, Jungproletarier, dann lassen sich diese Forderungen schneller, leichter verwirklichen.

Werbt deshalb für die Sozialdemokratische Partei!

Scheut keine Arbeit, denn wir sind noch jung und stark, bekehrt die jungen Menschen, die ihre freien Stunden immer noch verbringen in Kneipen und billigen Vergnügungsstätten, die vergessen, daß sie Ausgebeutete sind, rüttelt sie auf, macht sie rebellisch, führt sie der Partei zu und stärkt dadurch die Kraft der Partei.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Donnerstag, den 24. November 1927. 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Jugendstunde. — 18.50—19.20: Hans Bredow-Schule, Abt. Handelslehre. — 19.20—19.40: Englische Lektüre. — 19.50: Militärkonzert. — 21.50: Uebertragung aus dem Vibich-Theater Breslau: Ludwig Manfred Lommel. Anschließend: Die Abendberichte, Funktechnischer Briefkasten. Beantwortung funktechnischer Anfragen. Sodann bis 24: Uebertragung aus der Bonbonniere: Tanzmusik der Kapelle Günther Häusler.

Warschau — Welle 1111.

Donnerstag. 12: Wie vor. 12.15: Konzert für die Jugend. 15: Wetter- und Landwirtschaftsbericht. 16: Vorträge. 18.15: Verschiedenes. 19.35: Englischer Unterricht. 20.30: Abendkonzert. 22: Tägliche Berichte.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Donnerstag. 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.45: Mitteilungen aus den Bundestheatern. 18: Wochenende. 18.15: Der Staat und die Arbeiter. 19.30: Staatsopernübertragung.

Rom — Welle 450.

Donnerstag. 17.30: Wie Mittwoch. 20: Unterricht in Französisch. 20.40: ungefähr: Vokal- und Instrumentalkonzert. Unterbrechungen. Weltecho von Alterocca und Vortrag über italienische Maskenbälle. Anderes Programm wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Zalenze. Freitag, den 25. Nvember, abends 7 Uhr, spricht im Golczykschen Lokale Dr. Bloch über „Geschichte der Ehe". Erwünscht ist es, daß die Genossinnen besonders zahlreich erscheinen. Für Mitglieder ist der Eintritt frei, Nichtmitglieder zahlen 30 Groschen.

Königshütte. Der nächste Vortrag des Bundes am 23. November muß leider infolge wichtiger Gründe ausfallen, und erfolgt der nächste am Mittwoch, den 30. November, zu dem als Referent Genosse Dr. Bloch-Kattowitz erscheint. — Hiervon ersuchen wir die Mitglieder Kenntnis zu nehmen.

Nowy Bytom (Friedenshütte). Am Donnerstag, den 24. November, abends 7 Uhr, findet im Postrachschen Lokal der fällige Vortragsabend des B. f. A. statt. An Stelle des Genossen Buchwald referiert Sejmabgeordneter Genosse Kowoll über ein politisches Thema.

Versammlungskalender

Kattowitz. Arbeiter-Schachverein. Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, gibt der Wojewodschaftsmeister Soika eine Simultanvorstellung. Gespielt wird an mindestens 20 Brettern in unserem Vereinslokal im Zentral-Hotel. Gäste und Schachfreunde stets willkommen.

Königshütte. Am Donnerstag, 24. November, abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses, an der ulica 3go Maja 6 (Kronprinzenstraße) eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Als Referent erscheint Genosse Peschka-Kattowitz. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird ersucht. Gäste willkommen.

Vermischte Nachrichten

Hundetreue.

Eine Illustration zu der vielgerühmten Hundetreue ist folgende lustige Geschichte, die von verliebten Hundebesitzern sicher nur mit Protest zur Kenntnis genommen werden wird. Im Schnellzug Kaschau—Budapest saß in einem Abteil ein Herr mit seinem Hunde und unterhielt die Mitreisenden damit, daß er ihnen Wundergeschichten von der Treue seines Lieblings erzählte. Einer der Abteilinsassen bestritt die Hundetreue und führte diese so geschätzte Eigenschaft einfach auf den Geruchsinn zurück. Er begründete seine Ansicht mit der eigenen Erfahrung, die er mit seinem Hunde gemacht hatte. Als nämlich seine Frau einmal alte Kleider verkaufte, war auch der Hund verschwunden, der später bei dem Altkleiderhändler gefunden wurde. Der Hundebesitzer widersprach, bestritt diese Möglichkeit, und es kam sogar zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den beiden Herren.

„Trottel", sagte der auf seinen Hund so stolze Herr, als der andere in der nächsten Station ausstieg. Er hatte das dringende Bedürfnis, seinen, offenbar beleidigten Hund zu versöhnen und den, in seiner Hundeehre gekränkten, vor den Mitreisenden zu rehabilitieren. Er rief ihn unter der Bank des Abteils hervor. Vergebens lockte er mit zärtlichen Kosenamen, kein Hund kam zum Vorschein. Alles Suchen war vergebens. Er war verschwunden. Die Bestürzung des nun verwaisten Hundevaters war groß. Da brachte ein dritter Abteilinsasse Licht in die rätselhafte Begebenheit, indem er fragte, ob etwa jener Hund der vermißte sei, der soeben mit dem Herrn, der eine Reisetasche und einen gelben Ueberzieher mitgenommen, das Abteil verlassen habe. Zu der Bestürzung des gewesenen Hundebesitzers gesellte sich nun noch die Blamage, denn sein Gegner, der Zweifler an der Hundetreue, hatte für seine Behauptung den praktischen Beweis erbracht. Er hatte einfach den Ueberzieher und die Tasche des Herrn mitgehen lassen und der Hund war, seinem Geruchssinn folgend, dem Eigentum seines Besitzers nachgegangen.

Beweise.

Auch in Belgien gibt es jenen Wettstreit, der in Frankreich zwischen den Auvergnaten und den Marseillaisern besteht: den Wettstreit um das größte Maul.

Eines Tages kamen ein Wallone und ein Vlame zusammen. Der Vlame prahlte: „In Brügge hat man in den Ruinen einer römischen Villa ein Stück Kupferdraht gefunden, das beweist, daß die Vlamen bereits von alters her den Fernsprecher kannten."

„Pah!", sagte der Wallone, „in Lüttich hat man in einer Villa aus der gleichen Zeit nichts gefunden, woraus unweigerlich hervorgeht, daß man damals schon die Telegraphie ohne Draht kannte."

Das Geheimnis der Porzellanfigur.

Auf einer tschechischen Grenzstation in Nordböhmen kam, wie wir in der „N. L. Z." lesen, eine Sendung Porzellanfiguren zur Verzollung. Die Zollbeamten schöpften Verdacht und zerbrachen eine Figur. Da stellte sich heraus, daß in den hohlen Figuren eine große Menge Sacharin zollfrei über die Grenze gebracht werden sollte. Die Schuldigen wurden der Bestrafung zugeführt. Nach mehreren Monaten erhielt dieselbe Grenzbehörde durch ein anonymes Schreiben Nachricht, daß wieder Porzellanfiguren mit Sacharininhalt ankommen würden. Bei Eingang der künstlerisch ausgeführten Figuren wurden sie wiederum zerschlagen, aber zur großen Ueberraschung leer befunden. Das Finanzministerium mußte 70 000 tschechische Kronen Schadenersatz zahlen. Das war die Rache der Pascher.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.